

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

## Nationale Befreiungsbewegungen und ihre Rolle in der heutigen Weltpolitik



Wenn man sich in der Welt umschaut, sieht man eine Reihe von Konflikten, bei denen es um die nationale Frage, um Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung oder, pathetischer, nach nationaler Befreiung geht.

Katalonien, Kosovo, Kurdistan, Palästina, die Liste mit Beispielen ließe sich leicht verlängern. Die Ursache des Konfliktes ist meistens die Forderung einer Volksgruppe nach einer eigenen Staatlichkeit, gelegentlich auch nach einer weitgehenden Autonomie. Etliche der gegenwärtigen weltweiten Krisenherde beziehen ihren Sprengstoff aus ungelösten oder unterschiedlich aufgefassten nationalen Fragen.

Im folgenden sollen einige Überlegungen zu diesem Thema zur Diskussion gestellt werden: Was haben wir als Marxisten zur nationalen Fra-

ge zu sagen, nach welchen Kriterien beurteilen wir nationale Befreiungsbewegungen und welche Bedeutung haben diese unter den heute gegebenen weltpolitischen Bedingungen.

### Ein kurzer Blick in die Geschichte

Die kommunistische/marxistische Bewegung begriff sich von Anfang an als internationalistisch. Nationalis-

mus und nationalistische Bewegungen wurden kritisiert und man stand solchen Strömungen distanziert bis ablehnend gegenüber. Es gibt viele Äußerungen der Klassiker, die das belegen.

Die internationalistische Ausrichtung ist aber nicht die ganze Geschichte.

Fortsetzung auf Seite 3

### Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Nationale Befreiungsbewegungen                   | 1  |
| Der folgenreiche Stellvertreterkrieg der Ukraine | 10 |
| Brauchen wir eine linke Partei und was soll sie? | 14 |
| A Golden Opportunity                             | 18 |
| 25 de Abril '74: Nelkenrevolution in Portugal    | 20 |

## In eigener Sache

Das Agieren des Westens im Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland in der Ukraine nimmt immer unversöhnlichere und die Gesellschaften vergiftende Formen an. Die Parteien in Deutschland übertreffen sich, bis auf das BSW, gegenseitig mit Vorschlägen, damit Russland den Krieg nicht gewinnt. Deutsche Waffen sollen (endlich?) wieder für Angriffe auf Russland eingesetzt werden. Damit fällt eines der letzten Tabus, das auf die Niederlage Deutschlands gegen die UdSSR zurückgeht. Die Kosten für die Kriegstüchtigkeit tragen die Lohnabhängigen, während die Rüstungsindustrie immense Gewinne einfährt und ihre Aktienkurse durch die Decke gehen. Vom Makel, „Produzenten des Todes“ zu sein, ist nichts mehr übrig. Sie gehört zu den „Guten“ ebenso wie die Pharmaindustrie in Coronazeiten. Der „Krieg gegen Russland“, ob militärisch oder durch Sanktionen, wird Europa auf die Füße fallen, die schlechten Wirtschaftszahlen geben einen ersten Vorgeschmack davon. In den letzten Wochen und Monaten kam die provokative Ankündigung des Baus deutscher Kasernen in Litauen ebenso hinzu wie das Vorhaben des französischen Präsidenten Macron, Militärausbilder in die Ukraine zu schicken, oder der Angriff auf russische Radarstationen, die anfliegende atomwaffenbestückte Interkontinentalraketen orten können und bisher der Garant für Russlands atomare Zweitschlagsfähigkeit sind. Russland kündigt daraufhin als Antwort an, man werde „asymmetrisch, aber empfindlich“ reagieren. Ein neuer großer Krieg gegen den Osten verlässt das Stadium eines militärischen Planspiels und sickert in das Kalkül der westlichen Politik ein. Damit wird der Krieg praktisch denkbar.

Auf unserem Seminar in München haben wir zusammen mit Georg Auernheimer, dem Autor des Buches „Die strategische Falle“, darüber diskutiert, wir drucken das Grundlagenreferat dazu ab.

Die Brutalität der israelischen Armee als Reaktion auf das Gemetzel vom 7. Oktober, die massive Tötung von palästinensischen Zivilisten, die Verwüstung der Infrastruktur im Gazastreifen und die damit einhergehenden Kriegsverbrechen haben die Weltöffentlichkeit erschüttert. Ausdruck dessen sind die scharfen Verurteilungen Israels durch die UNO, die Anklagen durch den Internationalen Gerichtshof und die nahezu weltweit zunehmenden Kundgebungen und Demonstrationen, die ein Ende des Krieges und die Befreiung Palästinas fordern. Dafür muss allerdings die fortdauernde und für beide Seiten immer unerträglichere Besatzung enden. Gegenwärtig eine einzige Illusion.

Ein Großteil der israelischen Bevölkerung hat das Vertrauen in die politische Klasse ihres Landes verloren, denn diese hat am 7. Oktober und auch danach eklatant versagt. Netanjahu steht für eine möglichst lange Fortführung des Krieges, denn solange der Krieg andauert, wird es keine Neuwahlen geben, die sein persönliches Schicksal besiegeln könnten. Weil er die Fortsetzung des Krieges will, hat er schon mehrfach einen möglichen Deal mit der Hamas zur Geiselnbefreiung unterminiert.

Wir haben auf unserem Seminar auf Grundlage eines Referats über Befreiungsbewegungen und Palästina diskutiert und drucken den daraus entstandenen Artikel ab.

Über beide Kriege berichten die Medien in Deutschland einseitig und parteiisch. Nahezu jegliche Kritik an der deutschen Regierungspolitik wird als Pro-

paganda für Putin oder mit dem Kampfbegriff Antisemitismus gebrandmarkt. Die Gesetze, die die SPD-Innenministerin Faeser nun im Schnellverfahren durchzieht, grenzen an Gesinnungsjustiz, mit der auch fundierte, faktenbasierte Kritik belangt werden kann. Angeblich geht es gegen Rechte und Islamisten. Wir wissen, dass solche Maßnahmen immer auch gegen linke Kräfte gerichtet sind, wie gerade wieder die erneute Kampagne gegen die *junge Welt* zeigt.

Im Seminar haben wir auch über den Zustand der Linken in Deutschland diskutiert. Das Referat dazu drucken wir ab. Unser Autor aus Bremen erinnert an die Nelkenrevolution in Portugal vor 50 Jahren.

Ein Artikel befasst sich mit dem sehr wichtigen, aber bisher nicht beleuchteten Thema Umbau des Gesundheitswesens. Im besonderen wird der Einstieg privater Investoren in die Medizinischen Versorgungszentren in den Blick genommen.

Die Ergebnisse der Europawahl standen erst kurz vor Redaktionsschluss fest und können in dieser Ausgabe nicht mehr beleuchtet werden. Die erwartete Rechtsentwicklung, gegen die kurz vor den Wahlen noch viele Menschen demonstriert haben, ist auf deutscher wie auf gesamteuropäischer Ebene eingetreten. Die rechtsradikale und faschistische Politiker\*innenphalanx lässt sich von Demonstrationen schon längst nicht mehr stoppen. Ob die bürgerlichen Kräfte ihre „liberale Demokratie“ mit den zugehörigen Werten noch verteidigen wollen und können? Die Zweifel daran wachsen.

Wir bedanken uns bei unseren Leserinnen und Lesern für die eingegangenen, teilweise großzügigen Spenden! Um unsere Arbeit fortsetzen zu können, sind wir darauf angewiesen.

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
M. Derventli, Bucherstr. 20  
90408 Nürnberg  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.  
Zuschriften: Arbeiterstimme  
Postfach 910307, 90261 Nürnberg  
redaktion@arbeiterstimme.org  
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger  
Postbank München  
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08  
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften

sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser\*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Bei der Analyse der dominierenden historischen Tendenzen im 19. Jahrhundert setzte sich der Gedanke durch, dass die Herausbildung der Nationalstaaten auch wesentlich von der Notwendigkeit bestimmt war, möglichst optimale Bedingungen für die Entwicklung der kapitalistischen Märkte zu schaffen. Eine Zusammenfassung aller Sprecher der gleichen Sprache in einem einheitlichen Staat sollte die Kommunikationsbedingungen verbessern und damit auch die Entwicklung der Märkte fördern. Eine ähnliche Funktion hatte die Überwindung der feudalen Zersplitterungen, etwa die Abschaffung der zahlreichen Binnenzölle oder die Ausbildung eines einheitlichen Rechtsraums. Solche Einschätzungen wurden z.B. von Karl Kautsky („Nationalität und Internationalität“, 1908) erarbeitet und galten damals als repräsentativ für den Marxismus. Sie wurden von Lenin und anderen Marxisten zustimmend aufgegriffen.

Die Nationalstaaten erhielten so den Status einer Zwischenstufe im Rahmen der „normalen“, erwarteten Entwicklung vom Feudalismus letztlich hin zum Sozialismus. Dazu passte auch, dass Länder, die eine größere Anzahl von Völkern in sich vereinten, wie etwa Österreich-Ungarn unter den Habsburgern, das zaristische Russland oder das türkisch-osmanische Reich hinsichtlich der Entwicklung des Kapitalismus rückständiger waren als die Nationalstaaten Westeuropas. Als Ursache dafür wurde das Fortbestehen mehr oder weniger bedeutender feudalistischer Elemente in diesen Ländern bestimmt.

Eine kapitalistische Entwicklung auf nationaler Grundlage konnte, nach dieser Sicht, zumindest bis zu einem gewissen Grade fortschrittlich und damit auch unterstützenswert sein, insbesondere solange es um die (endgültige) Überwindung des Feudalismus ging. Wenn aber die kapitalistische Entwicklung einen gewissen

Reifegrad erreicht hat, würden die negativen Effekte der kapitalistischen Entwicklung die Oberhand gewinnen. Sichtbar werden die negativen Effekte in der gegenseitigen feindlichen Abgrenzung der Nationen und den Versuchen, andere Länder zu dominieren. Spätestens dann müssten Kommunisten/Marxisten die Unterstützung nationalistischer Bestrebungen beenden und ihre Politik von müsste wieder ausschließlich vom Internationalismus bestimmt werden.

Ein weiterer Gedanke, der von Lenin propagiert wurde, war die Unterscheidung zwischen den Nationalismen von Unterdrückernationen und den von nationalen Bewegungen der unterdrückten Völker. Erstere seien selbstverständlich abzulehnen, letztere zu unterstützen.

Prinzipiell ist eine solche Unterscheidung nachvollziehbar. In der



*Eastern Orchestra Baku 1920 beim Kongress der Völker des Ostens*

Realität gibt es aber viele Zwischenstufen und undeutliche Übergänge zwischen diesen beiden Varianten des Nationalismus. Entsprechend schwierig kann die Einschätzung von konkreten Fällen sein.

Aber unter den Bedingungen des Kolonialismus waren die Verhältnisse in den meisten Fällen ziemlich klar. Es war offensichtlich, wer die Unterdrücker und wer die Unterdrückten sind und wer von wem abhängig ist. So ist die Losung „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch“ zu erklären. Die Parole wurde 1920 auf dem von der Komintern in Baku organisierten „Kongress der Völker des Osten“ ausgegeben.

Sie entsprach auch dem Interesse des noch jungen Sowjetstaates.

Nochmal kurz zusammengefasst: Wenn trotz der grundsätzlichen internationalistischen Orientierung Kämpfe zur nationalen Befreiung positiv beurteilt wurden, hatte das zwei Gründe. Einmal die etwas vage Vorstellung der Abfolge von Entwicklungsstufen (Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus) und zum zweiten den Kampf gegen den Kolonialismus. Das erste Konzept stammt im wesentlichen aus der Analyse des 19. Jahrhunderts, das zweite aus dem beginnenden 20. Jahrhundert.

### Was ist eine Nation?

Das Wort „Nation“ ist kein eindeutiger Begriff. Nicht alle, die ihn verwenden, verknüpfen die gleichen Vorstellungen damit, einschließlich

aller Nebenbedeutungen und der damit verbundenen Vorstellungen. Obwohl er in vielen europäischen Sprachen als Fremdwort aus dem Lateinischen verwendet wird, hat er dort nicht immer die exakt gleiche Bedeutung. Da bei Übersetzungen meistens der in beiden Sprachen vorhandene Wortstamm „Nation“ weiterverwendet wird, gehen sprachliche Nuancen oft verloren bzw. sie verschieben sich. Das kann durchaus ein Anlass für Missverständnisse und Fehlinterpretationen sein.

Es gibt viele Versuche genauer zu definieren, was eine Nation darstellt und ausmacht. Eine dieser Definitionen, die in der kommunistischen/marxistischen Bewegung großen Einfluss hatte und hat, stammt von Stalin. Sie wurde 1913 erstmals veröffentlicht und fand seitdem in vielen Werkausgaben und als Einzelbroschüre eine weite Verbreitung. Während der „Stalinzeit“ war sie die verbindliche Sprachregelung. Demgemäß ist eine Nation „eine historisch entstandene, stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der gemeinsamen Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich

in der Gemeinschaft der Kultur offenbaren psychischen Wesensart.“ (Werke, Berlin/DDR 1950, Bd. 2. 272)

Der österreichische Sozialdemokrat Karl Renner setzt die Akzente etwas anders. Er hat mehrere Varianten seiner Definition veröffentlicht. Nach einer Formulierung von 1937 sind Nationen „Menschenmassen, die sich aus der Gesamtheit der menschlichen Gesellschaft im Raume absondern und durch besondere Geschichte, Sprache und Kultur losheben, neben- und widereinander Macht erstreben und Macht üben und so als wollende und handelnde Einheiten auftreten.“ (Die Nation: Mythos und Wirklichkeit, Wien 1964, 28)

Renner betont den Aspekt der Nation als handelnde Einheit stärker als Stalin. Seine Definition passt damit besser auf heterogene Nationen wie z.B. die Schweizer, die bekanntermaßen verschiedene Sprachen sprechen. Andererseits bilden nicht alle Ethnien, die sich durch Sprache und sonstige Gemeinsamkeiten von anderen Ethnien abgrenzen lassen, automatisch auch Nationen. Nationen sind in dieser Sicht nur die Ethnien oder eventuell auch größere Gemeinschaften aus mehreren Ethnien, die auch auf politisch relevante Weise den Anspruch erheben, sich staatlich zu organisieren. Es sind also keineswegs nur eindeutige und objektive Kriterien, die eine Nation definieren. Eine Nation ist letztlich die Gemeinschaft, die eine sein will.

### Nationale Selbstbestimmung – ein Recht oder ein sinnvolles politisches Ziel?

In den Diskussionen ist meistens vom Recht auf nationale Selbstbestimmung die Rede. Ein solches ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Dort sind allerdings auch andere Rechte und Prinzipien verankert, die in Widerspruch zur nationalen Selbstbestimmung geraten können, wie etwa das zur Souveränität und Einheit der Staaten und deren territoriale Unverletzlichkeit. Die jeweiligen Gegner der nationalen Bewegungen berufen sich auch regelmäßig auf diese Prinzipien, um damit ihre eigene Position zu untermauern.

Die nationale Frage ist aber, wie auch alle anderen wichtigen politischen Fragen, in erster Linie keine Frage des Rechts. Viel entscheidender ist die politische Sinnhaftigkeit. Wie passen nationale Forderungen zu den anderen verfolgten Zielen? Fügen sie sich in eine langfristige Strategie ein?



Wenn Marxisten den Anspruch haben, Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu machen, muss dieses Interesse auch das entscheidende Kriterium für die Festlegung der Ziele sein. Eine Prüfung und Ausrichtung der politischen Ziele an den grundsätzlichen Kriterien sollte immer wieder erfolgen. Automatismen und die unreflektierte Beibehaltung von „alten“ Forderungen könnten mehr schaden als nutzen.

Wie eine konkrete Einschätzung von nationalen Bewegungen erfolgen könnte, soll an den drei folgenden Beispielen gezeigt werden. Es wird dabei versucht, sich auf die Kernfragen der Problematik zu konzentrieren. Vollständigkeit wird nicht angestrebt.

#### Katalonien:

Die Grundkonstellation dürfte klar sein. Spanien ist ein entwickeltes kapitalistisches Land – wenn auch keine Großmacht – mit bürgerlicher Demokratie und fest in die Strukturen von EU und NATO integriert. Die katalanische Sonderstellung geht weit in die Geschichte zurück. Sie ist aber nach wie vor besonders durch die Zeit der spanischen Republik und den Kampf gegen die Franco-Herrschaft geprägt. Die Repressionen während der Franco-Diktatur hatten

in Katalonien auch den Charakter einer nationalen Unterdrückung. Das kann man so sehen.

Die Frage ist aber: was ist davon heute noch relevant? Was sind die Hauptprobleme Kataloniens, Spaniens oder EU-Europas? Wie ist die Lage der Arbeiterklassen, sowohl Kataloniens als auch Spaniens? Zur Lösung welcher Probleme braucht es eine katalanische Nation mit einer entsprechenden staatlichen Eigenständigkeit? Oder ist es nicht so, dass die katalanische Bourgeoisie die Lasten loswerden will, die Katalonien als die reichste Region Spaniens für die ärmeren Teile mittragen muss?

Es ist eine Tatsache, dass in Katalonien die Bewegung für eine Unabhängigkeit stark vertreten ist. Weiter ist Tatsache, dass es dabei auch einen linken Flügel gibt (ERC, CUP). Kommunisten/Sozialisten müssen diese Strömungen natürlich ernst nehmen und sich mit ihnen qualifiziert auseinandersetzen.

Aber das Hauptkriterium muss sein, die Lage aus der Sicht der Arbeiterklasse zu beurteilen. Wohin geht die Entwicklung des modernen Kapitalismus? Was folgt daraus für den Klassenkampf? Was ist am dringlichsten, was sollen die Schwerpunkte der Politik sein, kurzfristig und längerfristig? Wer sind die richtigen Bündnispartner?

Die Auseinandersetzung mit dem spanischen Gesamtstaat um eine katalanische Unabhängigkeit könnte der falsche Schwerpunkt sein. Es könnte sich um Kämpfe der Vergangenheit handeln.

Selbstverständlich sind das Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden müssen. Außenstehende können sich mit ihren Einschätzungen an den Diskussionen beteiligen. Sie sollten sich aber nicht in Entscheidungen einmischen.

#### Radikaler Szenenwechsel: Kurdistan, Rojava

Vor dem 1. Weltkrieg war der größere Teil der von Kurden besiedelten Gebieten Bestandteil des osmanischen Reiches, ein kleinerer Teil gehörte zu Persien. Die Grenze zwi-



schen diesen beiden Reichen verlief über mehrere Jahrhunderte durch die Wohngebiete der Kurden.

Während des 1. Weltkrieges versuchten die Westmächte (Großbritannien, Frankreich) die im osmanischen Reich aufkommenden nationalen Bewegungen auf ihre Seite zu ziehen, auch mit Versprechungen bezüglich eines zu errichtenden Kurdenstaates. Diese Versprechungen wurden aber nach dem Krieg in keiner Weise eingehalten. Vielmehr wurde das vorher osmanische Kurdengebiet letztlich auf die Länder Türkei (türkische Republik unter Atatürk), Irak (britisches Mandatsgebiet) und Syrien (französisches Mandatsgebiet) aufgeteilt. (Die zum Iran gehörenden kurdischen Gebiete waren nicht betroffen.) Die Geschichte der Kurden in den neu geschaffenen Staaten ist unterschiedlich verlaufen und kann hier nicht ausführlich dargestellt werden. Nur

soviel: Im Irak waren sozial konservative Strömungen vorherrschend. Ihr Hauptziel war und ist eine Autonomie innerhalb des Staates Irak. In der Türkei entwickelte sich die PKK zur bedeutendsten kurdischen Gruppe. Die PKK proklamierte einen revolutionären und bewaffneten Kampf. Dieser Kampf wurde und wird bis heute mit wechselnder Intensität ausgetragen. Ein Kampf, der mit großer Härte geführt wird, insbesondere auch vom türkischen Staat. Gleichzeitig beteiligten sich (hauptsächlich) kurdische Parteien an den türkischen Wahlen, zum Teil mit erheblichen Erfolgen. Diese Parteien positionierten sich innerhalb der türkischen Politik eher links.

Syrien war und ist der Staat mit der kleinsten kurdischen Minderheit und stand lange Zeit nicht im Mittelpunkt der kurdischen Bestrebungen. Rojava wurde aufgrund einer Sondersituation ermöglicht. Durch den

Aufstand/Bürgerkrieg seit 2011 entstand ein staatliches Machtvakuum, das der PYD und ihren Verbündeten die Etablierung eines weitgehend autonomen Gebiets mit Selbstregierung ermöglichte. Rojava diente auch der Selbstverteidigung gegen die Angriffe durch den „Islamischen Staat“ (IS). Die Machtentfaltung des IS begründete auch das Zweckbündnis mit den USA, die in der Kooperation mit der PYD einen effizienten Weg fanden, um den IS zu bekämpfen und Präsenz und Einfluss in der Region zu markieren.

Rojava ist ein Projekt, das in vieler Hinsicht beispielgebend für die Zusammenarbeit verschiedener Volksgruppen, die Emanzipation der Frauen und die Entwicklung des Landes sein könnte. Diese Feststellung kann man machen, auch wenn man berücksichtigt, dass manche Berichte über Rojava verklärend sind und nicht unbedingt immer die Verhältnisse realistisch spiegeln. Und man kann sich fragen, ob die materielle Basis für einen eigenen Staat wirklich ausreichend ist. Trotzdem, Rojava ist ein Beispiel für eine nationale Selbstbestimmung, das unterstützungswürdig ist.

Aber die Existenz von Rojava ist bedroht. Es wird bedroht von der Türkei, die grundsätzlich keine selbständigen kurdischen Einheiten zulassen will. Und es wird bedroht durch den syrischen Staat, der langfristig kein Sondergebiet dulden dürfte. Der Bündnispartner USA, der bisher vermutlich ein Grund für die relative militärische Zurückhaltung der Türkei und Syriens war, ist längerfristig gesehen unzuverlässig. Die USA haben ihre eigenen machtpolitischen Interessen, am sozialen Experiment Rojava sind sie selbstverständlich nicht interessiert.

Rojava zeigt, wie komplex eine Situation sein kann. Es geht nicht einfach um die nationale Frage der Kurden. Rojava ist ja nur ein kleiner Teil des von Kurden bewohnten Gebiets. Die Kooperation mit anderen Ethnien (arabische und assyrische) ist von wesentlicher Bedeutung. Auf Dauer kann das Erreichte nur gesichert werden, wenn auch mit anderen in der Region relevanten Mächten ein Arrangement gefunden wird.

Aufgrund des Kräfteverhältnisses ist zu fragen, ob es nicht das realpoliti-

sche Ziel sein müsste, einen Modus vivendi mit dem syrischen Staat zu finden, auch wenn dies mit schmerzlichen Kompromissen verbunden wäre. Wie man hört, gibt es durchaus Versuche in diese Richtung. Ob und wie weit das erfolgreich sein kann, bleibt offen.

die Region immer mehr zum Ziel der Einwanderung von Juden aus Europa.

Während des 1. Weltkrieges gab es von Großbritannien verschiedene Versprechungen, darunter an arabische nationalistischen Kräfte, denen ein eigener Staat in Aussicht gestellt

tendynastie als Herrscher. 1946 lief das Mandat aus und das Land wurde endgültig unabhängig.

Der westlich des Jordans liegende Teil blieb der direkten Herrschaft der Briten unterstellt. Anfangs standen die Briten der Einwanderung von Juden in dieses Gebiet positiv gegenüber. Die Einwanderung verlief in mehreren Wellen und die jüdische Bevölkerung in Palästina wuchs stark an. Konflikte mit der hier seit langem ansässigen Bevölkerung blieben nicht aus. Mit der Zunahme der Konflikte änderte sich auch die Haltung der Briten zur jüdischen Einwanderung. Die Einwanderung und die Möglichkeit des Landerwerbs wurde durch verschiedene Maßnahmen eingeschränkt. Nach mehreren kleineren Unruhen und Aufständen kam es 1936 bis 1939 zum sogenannten großen arabischen Aufstand gegen die Juden und gegen die britische Mandatsmacht. Der Aufstand wurde von den Briten blutig niedergeschlagen.

Auch das Verhältnis der zionistischen Bewegung zur Mandatsmacht wurde wegen der weiterbestehenden Einwanderungsbeschränkungen feindselig. Es kann hier nicht auf Details der folgenden Ereignisse eingegangen werden. Aber festzuhalten ist, dass von Seiten der jüdischen/zionistischen Organisationen vielfach auch terroristische Aktionen gegen Araber und Briten unternommen wurden.

Nach dem Holocaust der Nazis fand der Zionismus in weiten Kreisen, auch in solchen, die ihm vorher distanziert bis ablehnend gegenüberstanden, eine grundsätzliche Akzeptanz. Obwohl der Holocaust eigentlich keinerlei Bezug zu Palästina hatte, schien es für viele danach keine Alternative zum Zionismus mehr zu geben. Auch deshalb hat die Geschichte ab 1947 ihren bekannten Verlauf genommen mit dem Teilungsbeschluss der UNO, dessen Nichtakzeptanz durch die (gerade erst souverän gewordenen) arabischen Staaten, mit der Erklärung der israelischen Unabhängigkeit, dem folgenden Krieg und der Flucht bzw. Vertreibung (Nakba) der Palästinenser. Der Waffenstillstand von 1949 konnte den Konflikt nur einfrieren. Ähnliches gilt auch für die folgenden Kriege und Waffenstillstände. Eine dauerhafte Lösung des Kon-



Mai 1948, dem Gründungstag des Staates Israel



Palästinenser\*innen auf der Flucht, 1948/1949

Selbstverständlich gilt auch hier, die Entscheidungen müssen die Akteure vor Ort treffen.

## Palästina/Israel:

Auch das heutige Palästina/Israel war vor dem 1. Weltkrieg ein Teil des osmanischen Reiches. Im Land lebten vor allem muslimische Araber (ca. 90%), christliche Araber und Juden. Nach der Entstehung der zionistischen Bewegung, die hauptsächlich eine Folge der andauernden Diskriminierung der Juden in Europa und vor allem in Osteuropa war, wurde

wurde, und an die zionistische Bewegung mit der Balfour-Deklaration über die Errichtung einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina. Nach dem Krieg wurden aber die ehemaligen osmanischen Gebiete unter Großbritannien und Frankreich aufgeteilt, offiziell als Mandate des Völkerbundes. Das Mandatsgebiet Palästina umfasste ursprünglich neben dem heutigen Palästina/Israel auch das heutige Jordanien. 1923 wurde das Gebiet östlich des Jordan als Emirat Transjordanien abgetrennt. Die Briten etablierten dort einen Vertreter der Haschimi-

flikts wurde zu keiner Zeit gefunden. Daran haben auch die zwei Friedensschlüsse Israels mit Ägypten und Jordanien nicht wirklich etwas geändert. Auch alle diplomatischen Initiativen wie etwa der sogenannte Oslo-Prozess scheiterten.

Das heißt aber nicht, dass es seit 1947 keine wesentlichen Verschiebungen der Gesamtkonstellation mehr gegeben hätte. Einmal sind die territorialen Veränderungen zu nennen. Die Besetzung der Westbank, der Golanhöhen und der Sinaihalbinsel durch Israel im 6-Tage-Krieg 1967. Die Räumung der Sinaihalbinsel nach dem Frieden mit Ägypten. Die einseitige Annexion von Ostjerusalem und der Golanhöhen durch Israel und die einseitige Räumung des Gazastreifens.

Ursprünglich war der Konflikt in den Jahren nach 1948 eine direkte kriegerische Konfrontation des neu gegründeten Staates Israel mit seinen arabischen Nachbarn, die wiederum von den anderen arabischen Staaten unterstützt wurden. Eine Folge dieser Konfrontation war auch die Flucht bzw. Vertreibung vieler Juden aus den arabischen Ländern. Für Israel bedeutete das die Einwanderung von über 800 000 Juden aus diesen Ländern und damit eine durchaus relevante Verschiebung der Bevölkerungsstruktur. Inzwischen haben sich etliche arabischen Staaten schrittweise aus der direkten Konfrontation zurückgezogen, siehe die genannten Friedensschlüsse, siehe den sogenannten Abraham-Accord (Anerkennung Israels durch Bahrein, die VAE, Marokko und Sudan) und siehe auch die aktuellen Meldungen über ein eventuell mögliches Abkommen mit Saudi-Arabien.

Der verbleibende Konflikt konzentrierte sich immer mehr auf eine Auseinandersetzung des Staates Israel mit den Palästinensern. Wobei die Palästinenser heute unter ganz verschiedenen Bedingungen leben. Einmal in den von Israel besetzten Gebieten, der Westbank. Neben der Besatzungsmacht ist dort auch die Palästinensische Autonomiebehörde unter Führung der PLO/Fatah als quasi-Staatsmacht tätig. Dann im Gaza-Streifen, jenem staatsrechtlich ganz ungewöhnlichen Gebiet, das faktisch von der Hamas beherrscht

wurde. Vor dem 7.10. war der Gaza-Streifen nicht mehr besetzt, aber dennoch in hohem Grade von Israel abhängig und in vielerlei Hinsicht unter dessen Kontrolle. Drittens in den Lagern in mehreren arabischen Ländern, versorgt durch die UN-RWA und viertens individuell verstreut in arabischen und sonstigen Ländern. Nicht zu vergessen auch die Palästinenser, die zwar israelische Staatsbürger, aber jüdischen Israelis nicht völlig gleichgestellt sind.

Seit Mitte der 60er Jahre etablierte sich die PLO und die Fatah als die wichtigste Gruppe innerhalb der PLO als Vertretung der Palästinenser. Inzwischen wurde aber die PLO immer deutlicher von der Hamas als der führenden Kraft des Widerstandes abgelöst. Zum Hauptbündnispartner der Hamas wurde der Iran, zusam-

verstehen, wie Katar oder die Türkei unter Erdoğan.

Es ist richtig und unbestreitbar, die Entstehung Israels ist auch eine Folge des Kolonialismus. Die Idee, in Palästina eine nationale Heimstätte für die Juden zu schaffen, also der Zionismus, konnte vermutlich nur in der Epoche des Kolonialismus so zur Realität werden, auch wenn die Beziehungen der einwandernden Juden zur Kolonialmacht Großbritannien bekanntermaßen keineswegs spannungsfrei waren. Unvermeidbar musste der Aufbau eines jüdischen Gemeinwesens zu Konflikten und zur Konfrontation mit der ursprünglich dort ansässigen Bevölkerung führen, was 1948/49 zur Nakba führte. Eine weitere Flüchtlingswelle gab es 1967. Und es muss betont werden, der Prozess der Verdrängung geht



*Rabin und Arafat mit Bill Clinton am 13. September 1993 in Washington*



*Der türkische Präsident Erdoğan und der Auslandschef der Hamas, Hanjia in Istanbul, April 2024*

men mit seinen Verbündeten, wie z. B. der Hisbollah in Libanon, gefolgt von Ländern, die sich als Unterstützer und Förderer der Muslimbrüder

auch heute noch weiter. Tatsache ist, dass 1993 (zum Zeitpunkt des Osloer Abkommens) etwas weniger als 300 000 jüdische Siedler auf

Anzeige

August Thalheimer:

## Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung.  
5,- Euro

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

August Thalheimer

## Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Arbeiterstimme, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
[redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

der Westbank (und im annektierten Ostjerusalem) lebten. Heute sind es über 700 000 mit weiter zunehmender Tendenz. Ein relevanter Teil der israelischen Politik bzw. der Bevölkerung plädiert auch mehr oder weniger offen für eine weitere Verdrängung bzw. Vertreibung der arabisch-palästinensischen Bevölkerung und für die Annexion von Judäa und Samaria, wie sie diese Gebiete nennen. Selbst im Gazastreifen soll es nach den Vorstellungen dieser Kräfte in Zukunft wieder jüdische Siedler geben. Ein weiterer Teil der Bevölkerung Israels nimmt die harte Linie gegen die Palästinenser zumindest stillschweigend in Kauf. Wie groß zur Zeit der wirklich friedensbereite Teil der Bevölkerung in Israel noch ist, der auch größere Konzessionen an die andere Seite akzeptieren würde, ist schwer einzuschätzen.

Es besteht kein Zweifel: die jetzige Lage aller Palästinenser, auch die der Bewohner der Westbank und der Flüchtlingslager, ist völlig unakzeptabel. Selbstverständliche haben die Palästinenser das Recht zum Widerstand und das Recht, für ihre Interessen zu kämpfen. Allerdings gibt es das Problem, dass die zur Zeit führende Kraft, die Hamas, eine islamistische und weitgehend reaktionäre Bewegung ist. Dies kann man zwar wegen der gegebenen Bedingungen bis zu einem gewissen Grad nachvollziehen, ändert aber nichts an deren reaktionärem Charakter und auch nichts daran, dass die Hamas keine Perspektive für eine Lösung des Konflikts für alle in Palästina/Israel lebenden Menschen bieten kann und wohl auch nicht bieten will.

Trotz der Rolle des Kolonialismus handelt es sich nicht einfach um einen Fall der Dekolonisierung. Auch die jüdische Bevölkerung Israels hat (inzwischen) ein Recht, in Palästina zu leben, sie ist zum großen Teil in diesem Land geboren. Welche Perspektive sollte sie sonst haben, als dort ihr Leben zu gestalten? Daran ändert auch der Kolonialismus nichts. Die Folgen des Kolonialismus lassen sich nicht einfach rückgängig machen, der vorkoloniale Zustand ist nicht wieder herstellbar. Auch die weißen Bewohner von Australien und der USA oder russische Bewohner Sibiriens werden diese Länder nicht mehr verlassen, obwohl deren

dortige Anwesenheit eine Folge von Kolonialismus ist.

Ändern, und das grundlegend, müsste sich die Lage der Palästinenser. Für sie müsste es eine realistische Zukunftsperspektive geben, die ein Leben ohne Diskriminierung und ohne Einschränkungen ermöglicht. Das gilt auch für die Menschen, die, versorgt durch die UNRWA, in Lagern in mehreren arabischen Ländern leben. Auch für sie muss eine Lösung gefunden werden.

Eine wirkliche Lösung des Konflikts kann nur auf einer Basis entwickelt werden, die alle Menschen, die in Palästina/Israel leben, einschließt, ein Leben ohne Unterdrückung und Diskriminierung für alle. Voraussetzung dafür ist, dass sich die beiden Bevölkerungen gegenseitig als Menschen respektieren und nur nach solchen Wegen suchen, die für beide Seiten akzeptabel sind. Alle angestrebten Regelungen müssten die gegenwärtige Situation zumindest schrittweise verbessern und sie müssten offen für weitere Fortschritte sein. Das wären die Minimalbedingungen für einen Prozess hin zu einem dauerhaften Frieden.

Allerdings ist eine solche Entwicklung in keiner Weise in Sicht. Die Hamas steht nicht für eine solche Lösung, auch die gegenwärtige israelische Regierung nicht. Aber auch alle zum gegenwärtigen Zeitpunkt einigermaßen realistischen Alternativen wie etwa die PLO/Fatah auf Seiten der Palästinenser oder etwa eine Regierung unter Benny Gantz oder Jair Lapid auf Seiten Israels geben keinen Anlass zu größerem Optimismus (die jeweiligen Unterschiede dieser Varianten werden hier nicht im Detail diskutiert). Die gegenwärtige Situation ist offensichtlich sehr verfahren. Dabei ist klar, alle Versuche, den Konflikt einseitig nur zu Lasten der jeweils anderen Seite zu beenden, sind Sackgassen und werden zu weiteren menschlichen Katastrophen führen.

Momentan erscheint höchstens ein Waffenstillstand, die Freilassung der Geiseln und eine Normalisierung der Versorgung der Menschen im Gazastreifen erreichbar. Also ein weiteres vorübergehendes Einfrieren der Kämpfe. Aber auch das ist keineswegs sicher.



In Palästina/Israel stehen sich die beiden Lager auch deswegen so unversöhnlich gegenüber, weil beide die Wahrnehmung haben, es gäbe im Land buchstäblich nur Platz für eine Seite, nur für die Israelis oder nur für die Palästinenser. Und diese Wahrnehmung sehen beide Seiten durch ihre Erfahrungen und durch den Ablauf der Ereignisse immer wieder bestätigt. Deshalb verhärten sich die Positionen. Auch für Kompromisse scheint es keinen Platz zu geben. Die jeweiligen Ansprüche treffen mit voller Wucht aufeinander und beide Seiten sind empfänglich für Ideologien, die propagieren, der Kampf, auch ein solcher mit Einsatz von brutaler Gewalt, müsste bis zum Ende ausgetragen werden.

Das Problem, dass die führende Kraft einer nationalen Bewegung reaktionär sein kann, betrifft nicht nur die Hamas, das gibt es auch anderswo. Man denke nur an die Taliban, die zwar die USA und ihre Verbündeten aus dem Land vertrieben haben, aber mit ihrer Machtübernahme keinesfalls einen gesellschaftlichen Fortschritt garantieren oder auch nur anstreben. Gerade nationale Fragen bieten unterschiedlichen konservativen, rechten und reaktionären Strömungen die Möglichkeit, in entsprechenden Kämpfen eine führende Position zu erlangen. Nationales lässt sich meistens leicht mit der Ausrichtung auf eine angeblich ruhmvolle und bessere Vergangenheit, mit idealisierten religiösen Vorstellungen oder dergleichen mehr verbinden. Solche Tendenzen sind auch keinesfalls neu. Nationalismus war schon immer auch eine Ideologie zur Stabilisierung der Macht von herrschenden Klassen. Eine starke Abgrenzung von anderen Nationen dient oft als Rechtfertigung für deren Beherrschung und Ausbeutung.

Abschließend sollen noch einmal die anfangs dargestellten Begründungen für eine positive Einschätzung des Strebens nach nationaler Unabhängigkeit aufgegriffen werden.

Eine Begründung postuliert, die nationale Unabhängigkeit könnte für die Überwindung des Feudalismus, den Aufbau der Produktivkräfte und für die weitere gesellschaftliche Entwicklung nützlich

oder sogar notwendig sein. Diese Argumentationslinie ist sehr stark von den historischen Beispielen aus dem Europa des 19. Jahrhunderts beeinflusst. Es stellt sich die Frage nach der Übertragbarkeit dieser Beispiele auf nichteuropäische Länder mit einem anderen historischen Hintergrund. Auch die zeitliche Dimension ist dabei zu beachten. Der Kapitalismus ist nicht mehr der des 19. oder frühen 20. Jahrhunderts. Außerdem haben sich viele weltpolitische Bedingungen deutlich verändert. Das lässt eigentlich nur den Schluss zu: generelle Folgerungen oder gar allgemeinverbindliche Regeln können aus den europäischen Beispielen nicht mehr abgeleitet werden.

Die zweite Begründung war der Kampf gegen den Kolonialismus. Die Entkolonialisierung ist (fast) abgeschlossen. Aus den Kolonien sind selbstständige Staaten entstanden. Allerdings gibt es im weltweiten Kapitalismus weiterhin den Unterschied zwischen den Zentren und der Peripherie. Offensichtlich bestehen erhebliche Hemmnisse für eine nachholende wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen Kolonien. Die Entkolonialisierung hat in dieser Hinsicht viele Erwartungen enttäuscht. Offensichtlich ist aber auch, der Grund für diese Hemmnisse liegt im Allgemeinen nicht in der fehlenden staatlichen Unabhängigkeit. Es gibt mehrere theoretische Ansätze (mal mehr, mal weniger marxistisch, nur als Stichwörter: Neokolonialismus, Kompradorenbourgeoisie, Dependenztheorie), die sich mit dieser für die heutige Zeit zentralen politischen Fragestellung auseinandersetzen und versuchen die Ursachen für die weiterbestehende Spaltung in Zentren und Peripherie zu erklären. Wie immer man die Situation im einzelnen analysiert, die Länder der Peripherie sind keine Kolonien mehr, die Situation ist eine andere als im beginnenden 20. Jahrhundert. Deshalb erfordert dies auch andere politische Konzepte. Man kann durchaus der Meinung sein, dass in diesem Zusammenhang noch etliche Fragen ungeklärt sind, aber das ist ein anderes Thema.

Damit soll nicht gesagt werden, dass es grundsätzlich keine unter-

drückten Ethnien und Völker mehr gibt. Pauschale Aussagen sind, wie immer, nicht sinnvoll. Aber generell sind Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer Entwicklung hin zu immer mehr unabhängigen Staaten angebracht. In vielen Fällen dürfte eine Autonomie, insbesondere eine Autonomie, die die Entfaltung von Sprache und Kultur möglich macht, der sinnvollere Weg sein.

Zur Illustration dieser Aussage soll auf Afrika verwiesen werden. In vielen afrikanischen Staaten leben mehrere Ethnien, die verschiedene, oft auch nicht verwandte Sprachen sprechen und sich auch sonst durch ihre traditionelle Lebensweise erheblich voneinander unterscheiden können. Es ist kaum vorstellbar, wie die Staatenwelt Afrikas ausschauen würde, wenn alle diese Ethnien einen eigenen Staat anstreben würden. Nun könnte man argumentieren, die Grenzen in Afrika wurden von den Kolonialmächten, oft nach der Logik des „Teile und Herrsche“, gezogen und von den unabhängigen Staaten als vorgegeben übernommen. Dies ist sicherlich richtig, aber gibt es denn eine sinnvollere Alternative? Es ist zumindest keine in Sicht. Deshalb wird dieses Thema auch von vielen Akteuren, auch solchen, die sonst politisch sehr verschieden sind, sorgfältig gemieden. Die letzte unter den seltenen Ausnahmen einer allgemein anerkannten Grenzveränderung in Afrika war bisher der Südsudan.

Auch hier gilt, der Kolonialismus lässt sich nicht einfach ungeschehen machen. Viele Folgen und Auswirkungen wirken noch lange weiter. Bis zu einem gewissen Grade muss man mit diesem Erbe leben.

Der Kapitalismus dominiert gegenwärtig weltweit. Die kapitalistische Durchdringung aller Märkte hat einen historischen Höhepunkt erreicht, durch grenzüberschreitenden Handel, durch komplexe Lieferketten, durch das Agieren transnationaler Konzerne und der (weitgehend freien) Zirkulation des Kapitals. Eine internationale Perspektive der arbeitenden Klassen und ihrer Organisationen ist unter solchen Umständen eine Notwendigkeit.

(Stand: 10. Juni 2024)

# Der folgenreiche Stellvertreterkrieg der Ukraine



Die USA heben für ihre Kriege keine Truppen mehr unter der eigenen Bevölkerung aus. Vietnam war der Administration eine Lehre. Damals heizten die vielen Toten und Verletzten in der eigenen Armee die Proteste gegen den Krieg an. Heute lässt man Söldner kämpfen, im Irakkrieg zum Beispiel die von Blackwater. Eine andere Lösung sind seit dem Afghanistankrieg Stellvertreterkriege, für die kein GI und kein Europäer mehr geopfert werden muss. Dafür ausgewählt werden Gruppierungen mit einer Agenda, die mit der des Westens kompatibel gemacht werden kann. In Afghanistan waren das zum Beispiel die islamistischen Mudschahedin, die im Auftrag der konservativen Kräfte dort gegen das Regime in Kabul kämpften. Im Irak waren das die Schiiten und Kurden, die sich unter dem Baat-Regime nicht ausreichend repräsentiert oder sogar unterdrückt sahen. In der geopolitischen Auseinandersetzung zwischen den USA und Russland wurden die ukrainischen Nationalisten als die gewählt, die Russland herausfordern sollten.

Meine These ist, dass der ukrainische Nationalismus, der sich aus der Geschichte des Landes erklären lässt, dazu gedient hat, Russland aus der Defensive zu locken. Der fanatische Nationalismus einer kleinen, aber dominanten Gruppierung macht es auch schwer, zu einer Lösung des

Konflikts und damit zu einer Friedensvereinbarung zu kommen.

Eine Verfassung mit dezentraler Verwaltung und kultureller Autonomie der russischsprachigen Bezirke, wie in den Vereinbarungen von Minsk (2014/15) vorgesehen, hätte der Ukraine Stabilität bringen können. Aber das war für die Nationalisten undenkbar. Heute fühlt sich die Bevölkerung der Ostukraine verständlicherweise nicht mehr der Ukraine zugehörig, nachdem sie seit 2014 acht Jahre lang unter Bombardements zu leiden hatte. Die 14.000 Opfer dieses Vorkriegs werden im Westen meist verschwiegen. Der Beschuss wird immer noch fortgesetzt. Und auf der Krim hatte man schon gleich nach der Auflösung der Sowjetunion die Vereinigung mit Russland angestrebt.

## Ein Stellvertreterkrieg – mehr als Verdachtsmomente

Politikwissenschaftler wie John Mearsheimer oder Militäranalysiker wie Harald Kujat oder Jaques Baud charakterisieren diesen Krieg als Stellvertreterkrieg. Das heißt, es ist ein Krieg, bei dem auf dem Boden der Ukraine der Konflikt zwischen frem-

den Mächten ausgetragen wird.<sup>1</sup> Das geopolitische Interesse der USA an der militärischen Konfrontation mit Russland belegt der Defense Policy Guidance 1992 – 1994, der zeigt, dass die US-Eliten, inzwischen angeführt von den Neocons, nach dem Zerfall der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre darauf bedacht waren, mit allen Mitteln die Stellung der USA als einzige Großmacht für die Zukunft zu sichern. Besonders deutlich wird dieses Bestreben, die strategy of predominance (Strategie der Vorherrschaft), am ursprünglichen Entwurf des Papiers, das Paul Wolfowitz, Staatssekretär unter George Bush, 1992 verfasste: „Unser erstes Ziel ist es, das Aufkommen eines neuen Rivalen zu verhindern, sei es auf dem Territorium der früheren Sowjetunion oder sonst irgendwo...“ Häufig wird auch die Aussage von Zbigniew Brzezinski, dem ehemaligen Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter zitiert, die er 1997 in seinem Buch „The Grand Chessboard“ formuliert hat: „Allein schon die Existenz einer unabhängigen Ukraine hilft, Russland zu verändern. Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein.“<sup>2</sup>

Aber man kann nicht nur ein Motiv für die Eskalation des Konflikts in der Ukraine und um die Ukraine ausmachen. Sondern es reihen sich spätestens seit 2008 Entscheidungen und Vorgehensweisen aneinander, die die Eskalation seitens der USA verdeutlichen. In jenem Jahr schlugen die USA auf dem NATO-Gipfel in Bukarest die Ukraine neben Georgien für die baldige Aufnahme in die NATO vor, was die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Präsident im Interesse Europas blockierten. Der damalige US-Botschafter in der Ukraine, William J. Burns, warnte seine Administration in einer persönlichen Mail an die damalige Außenministerin Condoleezza Rice vor einem

1– Siehe z. B. H. Kujat am 21. 1. 23 im Interview mit der Schweizer Zeitung „Zeitgeschehen im Fokus“. <https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-1-vom-18-januar-2023.html> (Zugriff am 29.12.23)

2– <https://www.deutschlandfunk.de/zbigniew-brzezinski-rueckblick-in-die-konflikte-der-zukunft-100.html>, Zugriff am 11.11.2022

solchen Schritt. Damit würde für die russischen Eliten klar eine rote Linie überschritten. Schon ab 1997 hatte die NATO im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ gemeinsame Marinemanöver mit der Ukraine im Schwarzen und im Asowschen Meer durchgeführt.

Ganz unverhüllt war dann 2013/14 die Unterstützung der teils gewaltbereiten Opposition beim Euromaidan. Victoria Nuland, Staatssekretärin im US-Außenministerium, und US-Senator John McCain tauchten dort im Dezember 2013 auf und ermunterten die Demonstrierenden oder Rebellen bei ihrem Protest. Sie sprachen auch mit Politikern rechter Oppositionsparteien, die auf eine Absetzung der Regierung drängten. Nach dem Staatsstreich am 22. Februar 2014 erkannten die USA-Administration und die EU-Kommission die Putsch-Regierung sogleich an.<sup>3</sup> Nuland hatte schon vorher den Wunschkandidaten für die Übergangsregierung in einem Telefonat benannt (Auernheimer 2024, S.76).

Der Staatsstreich (Hendrickson 2022, Krone-Schmalz 2015) wurde von der Bevölkerung in der Ostukraine und auf der Krim nicht akzeptiert. Die Ausrufung der „Volksrepubliken“ und speziell die Sezession der Krim wurden von USA und EU mit den ersten Wirtschaftssanktionen beantwortet, die sich später zu einem Wirtschaftskrieg gegen die Russische Föderation entwickelten. Die ukrainische Regierung verhängte einen Wirtschaftsboykott gegen die abtrünnigen Gebiete und eröffnete, beraten von US-Diensten, ihre „Antiterroroperation“, den achtjährigen Krieg gegen die „Separatisten“. Die USA machten die Ukraine während dieser Zeit mit Waffenlieferungen, Ausbildungsprogrammen und gemeinsamen Manövern kriegstüchtig.

Nachdem sich im Laufe des Jahres 2021 die Konfrontation zwischen

der Ukraine und Russland verschärft hatte, ließ die Kreml-Führung am 17. Dezember den USA und der NATO jeweils getrennt einen Vertragsentwurf für eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur zukommen. Die fünf Kernforderungen waren: keine weitergehende Erweiterung der NATO nach Osten, Rückbau der NATO-Präsenz auf den Stand der NATO-Russland-Grundakte von 1997, eine Truppenreduzierung beiderseits der Grenze in einer gemeinsam festzulegenden Breite, keine Stationierung von Atomwaffen. Auf dieses Angebot zur Konfliktlösung gingen USA und NATO aber nicht ein. Der Westen hatte offenbar kein Interesse daran.

Nach dem Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022, bei dem die russischen Truppen Vororte von Kiew erreichten, fand sich die russische Führung schon bald zu Gesprächen über einen Waffenstillstand bereit. Die ukrainische Regierung unter Selenskyj ging darauf ein, und die Invasionsstruppen zogen sich zum Zeichen der Deeskalation zurück. Anfang März begannen Verhandlungen unter Vermittlung der Türkei, die nach späteren Aussagen von Insidern und gut informierten Experten erfolgversprechend verliefen. Als wichtigster Zeuge dafür kann der ukrainische Politiker und Chefunterhändler der ukrainischen Delegation, Dawyd Arachamija gelten (Auernheimer 2024, S.99). Am 9. April 2022 intervenierte jedoch der damalige britische Premier Boris Johnson persönlich in Kiew und überbrachte den Wunsch des Westens nach Abbruch der Verhandlungen.

### **Das geopolitische Interesse der USA und ihre strategischen Optionen**

Ein Ziel der US-Politik war es unter anderem, eine eventuelle eurasische Kooperation zwischen der Europäi-

schen Union und Russland zu verhindern. Würden die EU-Staaten mit ihrem technologischen Know-how und Russland mit seinem Rohstoffreichtum zusammenarbeiten, könnte den USA ein weiterer Rivale entstehen, der die wirtschaftliche Vormachtstellung bedroht, so die Befürchtung.<sup>4</sup> Die wirtschaftliche Abhängigkeit der EU von Russland zu beenden, ist vermutlich auch insofern von strategischer Relevanz, als eine solche Abhängigkeit die EU bei künftigen Auseinandersetzungen mit China zu einem unsicheren Kantonisten machen könnte.

Dass der eigentliche Rivale, der die Position der USA als Weltmacht bedroht, inzwischen die Volksrepublik China ist, ist ein offenes Geheimnis. Für die militärische Konfrontation mit der VR China, welche die USA seit langem einkalkulieren, streben sie eine Arbeitsteilung an, bei der die NATO vorrangig für den atlantischen Raum und für das Containment der russischen Föderation zuständig sein soll, die USA im Bündnis mit Australien und Großbritannien (AUKUS) sowie mit Japan für den pazifischen Raum und die Eindämmung der Volksrepublik. Denn ein Krieg mit China könnte selbst die Kräfte der militärischen Supermacht überdehnen. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine, den schrittweise provozierte, ließ sich die von den europäischen Partnerstaaten geforderte Erhöhung der Militärausgaben leichter durchsetzen und für die breite Bevölkerung plausibel machen.

1999 wurden drei ehemalige Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts in die NATO aufgenommen, nämlich Polen, Tschechien und Ungarn. 2004 folgten in einer zweiten Welle die baltischen Staaten, ehemals Sowjetrepubliken, sowie Bulgarien, Rumänien, Slowakei und Slowenien und von 2009 bis 2020 Albanien und drei Staaten aus dem früheren Jugoslawien. 2002 traten die USA außerdem unter George W. Bush vom ABM-Vertrag zur Kontrolle der beidseitigen Raketenabwehrsysteme zurück. Der Vertrag hatte Bedrohungen reduziert, indem er die Verwundbarkeit auf beiden Seiten erhöht hatte.<sup>5</sup> 2018 kündigte Präsident Donald Trump auch den INF-Vertrag über den Abbau von Mittelstreckenraketen mit nuklearen Sprengköpfen.<sup>6</sup>

Eine alternative Möglichkeit, den Aufstieg der VR China unter Kontrolle zu halten, wäre die Einbindung

3– Bei der Abstimmung über die Absetzung des Präsidenten wurde die von der Verfassung vorgeschriebene Mehrheit nicht erreicht.

4– Seit die USA mit der Entwicklung des Fracking-Verfahrens fossile Energie im Überfluss haben, mag zu dem strategischen Imperativ noch das Interesse daran hinzugekommen sein, Russland als konkurrierenden Lieferanten für die EU auszuschalten.

5– Präsident Bush argumentierte, die Bedrohung komme inzwischen eher von Drittstaaten. Putins Vorschlag, ein gemeinsames Raketenabwehrsystem zu vereinbaren, stieß auf taube Ohren (Stone 2018, S.61 u. 110).

6– Im INF-Vertrag wurde festgelegt, dass beide Seiten weltweit sowohl ihre boden-/landgestützten Nuklearraketen mit kürzerer (500–1000 km) und mittlerer Reichweite (1000–5500 km) als auch deren Abschussvorrichtungen und Infrastruktur innerhalb von 3 Jahren vernichten und keine neuen herstellen (<https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag>, Zugriff am 15.11.22).

Russlands gewesen. Aber damit hätte man die Kooperation zwischen Westeuropa und Russland in Kauf nehmen müssen. Schon die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war der US-Administration ein Dorn im Auge. So soll James Baker, US-Außenminister von 1989 bis 1992, intern erklärt haben: „Die KSZE ist die eigentliche Gefahr für die NATO“ (Eichner 2022). Denn die KSZE verpflichtete zur Wahrung der Sicherheitsinteressen aller Vertragsstaaten.

Es blieb daher nur die Eindämmung Russlands, verbunden mit dem naheliegenden Risiko, dass Russland die Nähe zur VR China sucht, die sich selbst genötigt sah und sieht, sich trotz der Interessengegensätze in Zentralasien mit Russland zu verbünden.

## Die Sicherheitsinteressen Russlands

Vor dem Hintergrund jener Entwicklungen wird verständlich, dass die politische Klasse in Russland die NATO unter Führung der USA als feindliche und bedrohliche Macht wahrnehmen musste, für die die Sicherheitsinteressen Russlands belanglos sind. Noch verständlicher wird dies, wenn man den Blick auf die militärische Überlegenheit der USA richtet. Die Militärausgaben sind die mit Abstand höchsten weltweit. 2008 hatten die USA nach eigenen Angaben 761 militärische Einrichtungen über die ganze Welt verteilt. Russland ist von Militärbasen umzingelt. Im Blick auf die militärische Stärke des Westens – die Relation zwischen allen NATO-Staaten zusammen und Russland ist 14 : 1 – ist es glaubhaft, dass die russische Regierung dem Westen wiederholt einen Dialog angeboten hat.

Schon 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz versuchte Putin seinen Gesprächspartnern klar zu machen, dass Russlands Bestreben auf eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur gerichtet sei. Seine Rede bestand damals einerseits aus Anklagen wegen wenig vertrauensbildender Maßnahmen der NATO-Staaten, zeigte aber zugleich noch das Werben um Verständigung. Er warnte vor der Aufstellung des damals geplanten Raketenabwehrsystems in Osteuropa und machte darauf aufmerksam,

dass der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) von den NATO-Staaten nach Jahren noch nicht ratifiziert sei. Im Interview mit Oliver Stone erinnerte daran, dass die NATO im Vorjahr (2015) siebzig Manöver nahe der russischen Grenze durchgeführt habe. Er beklagte, dass dauernd NATO-Flugzeuge ohne Transponder über der Ostsee unterwegs seien, was militärisch eine unsichere Lage schaffe. Er führte auf, welche nach dem Minsker Protokoll getroffenen Vereinbarungen die Kiewer Regierung nach zwei Jahren nicht erfüllt hatte.

Russland hatte ab dem ersten Jahrzehnt wirklich Grund zur Besorgnis. Die NATO rückte nicht nur bis an die russische Grenze heran. Es wurden auch permanent große Manöver mit schweren Waffen durchgeführt, zum Beispiel 2017 in Estland, knappe fünf Panzerstunden von St. Petersburg entfernt.<sup>7</sup> Bei dem größten Nato-Manöver in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges mit der Bezeichnung Defender-Europe 2021 übten 28.000 Soldaten aus 26 Staaten über die Dauer von zwei Monaten Luftlandeoperationen etc. Schon im Jahr 2020 war ein solches Großmanöver veranstaltet worden. Nur geschichtvergessene Politiker konnten die im kollektiven Gedächtnis Russlands gespeicherten Kriegserfahrungen außer acht lassen, die eine erhöhte Wachsamkeit gegenüber militärischer Bedrohung verständlich machen.

## Die Ukraine, ein idealer Stellvertreter

Man brauchte nur die Geschichte Osteuropas zu studieren, um zu ahnen, dass sich maßgebliche politische Kräfte in der Ukraine schnell auf einen Konflikt mit Russland einlassen würden, sobald sie vom kollektiven Westen dazu ermuntert würden. Der Politikwissenschaftler Nikolai Petro sieht einen einhundertfünfzig Jahre währenden Streit um die Identität der Ukraine, ausgetragen zwischen den westukrainischen „Eliten“ und der ost- und südukrainischen Be-

völkerung, die nicht nur räumlich Russland nahe steht.<sup>8</sup> Die Ukraine ist eine der jüngsten Nationen weltweit, wenn man das Bewusstsein der Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, Angehörige einer Nation zu sein, als Kriterium nimmt. Vermutlich hat erst die russische Invasion die Ukrainer zur Nation gemacht, allerdings auf Kosten der Sezession des Donbass und der Krim. Für Nation Building sind gemeinsame historische Erfahrungen fast unverzichtbar. Die Bevölkerung der Ukraine hat aber gemeinsame Erfahrungen nur in der Sowjetzeit von 1920 bis 1991 und danach gemacht. Weil nicht wenige mit den Deutschen kollaborierten, als die Wehrmacht das Land beherrschte, sind auch die kollektiven Erinnerungen im Freund-Feind-Schema gespeichert.

Die Ukrainer gehören unterschiedlichen Kulturräumen an. Denn über Jahrhunderte waren sie Untertanen verschiedener Herrschaften gewesen, des Königreichs Polen-Litauen, des Zarenreichs, der Habsburger Monarchie, der Republik Polen und kleinerer Staaten. Und sozioökonomisch sind oder waren die Interessenlagen zwischen dem agrarisch und kleinbürgerlich geprägten Westen und dem bunt zusammengewürfelten Proletariat im Donbass mit Bergbau und Schwerindustrie sehr unterschiedlich.

Das Dilemma für die ukrainische Nationalbewegung besteht darin, dass sie die Zeit der Sowjetunion ausschließlich als Zeit der Unterdrückung wahrgenommen haben möchte. Alles andere will sie aus dem kollektiven Gedächtnis auslöschen. Der westlich orientierte, von USA und EU favorisierte ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko (2005 – 2010) begann mit entsprechenden geschichtspolitischen Neubewertungen der Sowjetzeit und symbolischen Akten wie der Umbenennung einer großen Kiewer Straße. Großes Gewicht in dieser Geschichtspolitik hat die Anklage wegen kultureller Unterdrückung, speziell der ukrainischen Sprache, was historischer Prüfung

7– Siehe <https://www.infosperber.ch/medien/trends/lauch-russland-hat-guten-grund-sich-bedroht-zu-fuehlen/>

8– Siehe <https://www.wetajewa-zentrum.de/veranstaltung/die-tragoedie-der-ukraine-ein-gespraech-mit-dem-politikwissenschaftler-prof-dr-nicolai-petro-ueber-sein-juengstes-buch/und-Petro-2022>.

nicht Stand hält (Auernheimer 2024). Das Ukrainische, erst spät zur Literatur- und Schulsprache gemacht, wurde in den 1920er Jahren von den Sowjets besonders gefördert, um dem ukrainischen Nationalismus den Boden zu entziehen. Die Zurückdrängung im Lauf der Jahre lässt sich soziologisch damit erklären, dass Russisch in der Union als Lingua Franca der Verständigung zwischen den vielen Sprachgruppen diene.

Aber das Unterdrückungs-narrativ ist ein Kernelement des ukrainischen Nationalismus mit seinen faschistoiden Zügen, verbunden mit radikaler Russophobie. Das erklärt die Bilderstürmerei in der Kulturpolitik. Seit 2014 betreiben die staatlichen Organe auf allen Ebenen eine Politik Entrussifizierung, die darauf abzielt, nicht nur alles zu tilgen, was an die Sowjetära erinnert, sondern alles Russische vergessen machen soll. Die Umbenennung von Straßen, Plätzen, Ortschaften und der Sturz von Denkmälern wurden 2014 nach dem Staatsstreich zur Staatsdoktrin erhoben. Zahlreiche Straßen und Plätze sind nach dem Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera benannt. Sprachpolitisch wird sprachliche Homogenität angestrebt. Der Gebrauch des Russischen, vor allem, aber nicht nur im Osten der Ukraine die Sprache der Mehrheit, soll auf den privaten Raum beschränkt werden. Nach dem Sprachgesetz von 2019 darf im öffentlichen Raum nur die ukrainische Sprache verwendet werden.

Mit der Westbindung der Ukraine sieht sich Russland also einem äußerst feindseligen Nachbarn gegenüber. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Bewegung der Bandera-Anhänger, die als faschistoid einzustufen ist (Auernheimer 2024, S.57ff.). Sie hat so etwas wie kulturelle Hegemonie errungen und großen Einfluss auf den Staatsapparat.

### Vorläufig kein Sieger

Nachdem die Offensive der ukrainischen Armee trotz der massiven Waffenlieferungen, der militä-

rischen Ausbildung, Beratung und Feindaufklärung seitens des Westens im Sommer 2023 gescheitert war, hatte sich eine Patt-Situation mit eingefrorenen Frontlinien ergeben. Erwartungen der USA wurden enttäuscht. Nun will man die europäischen Verbündeten in die Pflicht nehmen, die diese Erwartung mit einem massiven Aufrüstungsprogramm erfüllen.

Vorläufig gibt es keinen Sieger in diesem Krieg. Der Westen hat sein Ziel, Russland zu schwächen, nicht erreicht. Die Ukraine wird Teile ihres Territoriums opfern müssen, wie es jetzt aussieht. EU- und NATO-Mitgliedschaft stehen in den Sternen.<sup>9</sup> Für das ukrainische Regime ist der bisherige Kriegsverlauf extrem enttäuschend. Für die Bevölkerung ist der Krieg eine Katastrophe, was aber die Führung nicht wahrhaben will. Für Russland ist Putins Traum von eurasischen Wirtschaftsraum von Wladiwostok bis Lissabon ausgeträumt, und es hat mit Finnland und Schweden mehr NATO-Staaten zu Nachbarn als vor dem Krieg.

Ein großer Verlierer in diesem geopolitischen Konflikt ist die Weltgemeinschaft. Denn erstens hat die Aufrüstung auf allen Seiten Fahrt aufgenommen und verschlingt Ressourcen, die dringend für die Bekämpfung der Armut und den Schutz von Umwelt und Klima gebraucht würden.<sup>10</sup> Zweitens ist in dem neuen kalten Krieg die dafür notwendige internationale Kooperation und Verständigung blockiert. Die entsprechenden Mechanismen und diplomatischen Kanäle funktionieren vermutlich auf längere Sicht nicht mehr. Es wurden Feindbilder produziert und gegenseitiges Misstrauen geschaffen.

Georg Auernheimer

*Georg Auernheimer, Prof. Dr. phil., \*1939, lehrte Erziehungswissenschaft, Schwerpunkt Interkulturelle Pädagogik, in Marburg und Köln. Als Dozent und Publizist befasst er sich seit vielen Jahren mit der neoliberal ausgerichteten Globalisierung und ihren Folgen.*

### Literatur:

Auernheimer, Georg (2024): *Die strategische Falle. Die Ukraine im Weltordnungskrieg*. Köln: PapyRossa.

Baud, Jaques (2023): *Putin. Herr des Geschehens?* Frankfurt/M.: Westend Verlag.

Eichner, Klaus (2022): *Bis alles in Scherben fällt. Der Kampf der USA um eine neue Weltordnung*. Berlin: Edition Ost.

Hendrickson, David C. (2022): *Die andere Seite der Souveränität: Wie das Völkerrecht auf der Ukraine lastet*. Institut für Frieden und Demokratie. [peacediplomacy.org](http://peacediplomacy.org)

Krone-Schmalz, Gabriele (2015): *Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens*. 12. Aufl. München: C.H. Beck.

Mearsheimer, John (2022): *The causes and consequences of the Ukraine war. A lecture (06.06.22)*. <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=qciVozNtCDM>

Mearsheimer, John (2023a): *The Darkness Ahead: Where the Ukraine War is Headed*. <https://mearsheimer.substack.com/p/the-darkness-ahead-where-the-ukraine>

Petro, Nicolai (2022): *The Tragedy of Ukraine*. Boston: De Gruyter.

Stone, Oliver (2018): *Die Putin-Interviews. Die vollständigen Abschriften*. Rottenburg: Kopp Verlag.



**Georg Auernheimer**  
**Die strategische Falle**  
*Die Ukraine im Weltordnungskrieg*

9– Siehe <https://weltwoche.de/daily/der-provozierte-krieg-petra-erler-und-guenter-verheugen-ueber-putin-selenskyj-und-die-irrtuemer-des-westens/>

10– Die Rüstungsausgaben der NATO-Staaten und die der Russischen Föderation haben sich im Vergleich zu 2021 verzehnfacht.

# Brauchen wir eine linke Partei und was soll sie?



WASG und Linkspartei.PDS auf dem Weg zu einer neuen Partei: Klaus Ernst, Katja Kipping, Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Felicitas Weck und Lothar Bisky, Juni 2006

Die Überschrift, die ja eine Frage darstellt, könnte vor allem für den ersten Teil einfach beantwortet werden mit: Ja! Aber so eine Antwort ist nicht trivial, sondern dieses Statement ist mit Geschichte, Erfahrungen, Voraussetzungen und möglichen Gefahren verbunden.

Jetzt haben wir zwei „linke“ Parteien, die im Fokus öffentlichen Interesses stehen.

Eigentlich wollte ich mich über das „Bündnis Sarah Wagenknecht – für Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW) auslassen, das auch in der Arbeiterstimme Nr. 222<sup>1</sup> zu drei Artikel führte.

Muss man sich aber zu einem Chamäleon äußern und positionieren, das seiner (neuen, eigenen) Partei den eigenen Namen gibt, und von ganz links, über eine Lobpreisung der „sozialen Marktwirtschaft“ und einer verkürzten Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse zu falschen Gegner\*innen führt, den Fordismus als die gesellschaftliche Alternative als gerne wiederkehrend erachtet und dann noch im Manifest des BSW von „unserer Wirtschaft“ reden lässt und Menschen, „die sich anstrengen, gute, ehrliche und solide Arbeit leisten“?

Dem Autor des Artikels: „Das Ende eines linken Projektes?“ in der Arbeiterstimme Nr. 222 ist zuzustimmen, wenn er analysiert und über das BSW schreibt: „ (...) dass nicht die Absicht besteht, eine linke Klassenpartei zu gründen (...) eine klare Fixierung auf den Parlamentarismus.“<sup>2</sup> Alte Fehler in anderem Gewand wiederholen? (s.u.)

Mit der Gründung des BSW und dem Übertritt von zehn Mandatsträger\*innen verlor die Partei Die Linke (DL) ihren Fraktionsstatus im deutschen Bundestag, an dem unter anderem Gelder für Fraktionsmitarbeiter\*innen und Rede- und Fragerechte hängen<sup>3</sup> und

sie hat die Diskussion um die Zukunft einer linken Partei in Deutschland weder beendet noch beruhigt, sondern wirft erneut die Frage nach der Notwendigkeit einer linken Partei und ihren Aufgaben auf (woran sich unter anderem Fragen der Organisation koppeln). Die Fragen und Spekulationen insbesondere der Medien, drehen sich aber vor allem darum, ob es die DL und / oder das BSW in den nächsten Bundestag und diverse Landesparlamente schaffen. Es geht also um parlamentarische Vertretungen. Dies war auch schon der Antrieb für die Gründung der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) und ihrem parlamentarischen Antritt. Dabei ging es unter anderem darum den Gewerkschaften, die sich von der SPD parlamentarisch nicht mehr vertreten fühlten, und den „außerparlamentarischen Bewegungen“ eine parlamentarische Stimme zu geben. Dabei war auch die Einschätzung der „Säuernis“ großer Teile der Bevölkerung über die herrschende Politik ein weiterer Antrieb den Weg des Parlamentarismus zu beschreiten. Dass damit der herrschende Parlamentarismus auch von links indirekt akzeptiert und gestützt wurde, der auch schon am Beginn der „Arbeiterbewegung“<sup>4</sup> stand, wurde nicht berücksichtigt. Der Kurt Tucholsky zugeschriebene Satz: „Wenn Wahlen etwas ändern würden wären sie verboten“ war nicht diskussionswürdig und ist es in großen Teilen der DL noch heute nicht, obwohl dies

1– Arbeiterstimme, Nr. 222, Winter 2023, S. 11 - 17

2– „Das Ende eines linken Projektes?“ In: Arbeiterstimme ebenda, S. 12

3– Gerade die verminderten Fragerechte der Fraktion der DL bedauerten viele „Qualitätsmedien“ (natürlich sind das häufig „Krokodilstränen“), da die Bundestagsverwaltung oft zugeben musste, dass die offiziellen Informationen und Zahlen dem widersprechen, was verkündet und die Wirklichkeit der gesellschaftlichen Situation beweisen sollte. Dies sollte nicht zu gering eingeschätzt werden, denn es eröffnet unter anderem den Zugang zu den Medien und es ermöglicht auch, die eigene Position weiten Bevölkerungskreisen näher zu bringen, sowie zu zeigen, dass eine Linke für Wahrheiten steht und die Regierenden auch vor Verfälschungen für ihre erhoffte Klientel nicht zurückschrecken.

4– Arbeiterbewegung“ ist ein feststehender Begriff und beinhaltet Menschen jeden Geschlechtes, auch des gewünschten, jeder Herkunft, jeder Religion, die zu Lohnarbeit gezwungen sind, daher wird auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung und das Gender-\* verzichtet. Zur Entstehung und Entwicklung der aus bzw. in der Arbeiterbewegung entstanden oder zugeneigten Parteien, siehe auch: Hobsbaum, Eric: „Wie man die Welt verändert“; München, 2012, S. 375 - 399.

vor allem ein Hinweis darauf ist, dass damit zahlreiche Illusionen und Gefahren verbunden sind.

Sich auf die Parlamente zu beziehen und vor allem die Gewerkschaften dort zu vertreten, halte ich auch heute noch für richtig, nicht weil ich damals an der Gründung an der WASG und deren Vereinigung mit der PDS zur Partei DL beteiligt war. Die (unrealistische) Hoffnung war zuallererst die Hartz-IV-Bestimmungen gerade auch parlamentarisch zu kippen. Diese auf Parlamente ausgerichtete Hoffnung erwies sich als nicht tragfähig, auch weil weder ein allgemeiner „Linksruck“ in Gewerkschaften noch in großen Teilen der Bevölkerung entstand bzw. erreicht wurde.

### Warum aber diese Ausrichtung auf den Parlamentarismus?

Er war als normal anerkannt, schien vernünftig und ein gangbarer Weg weil dafür ein kurzfristig nicht erreichbarer Systemwechsel nicht erforderlich schien. Auch wenn die Gründer\*innen der WASG und DL aus sehr verschiedenen Lagern kamen, waren wir dennoch alle „Kinder des Parlamentarismus“, der spätestens 1919 in Deutschland dauerhaft gesiegt zu haben schien und sich zum Standard der „Volksvertretung“ entwickelt hatte. Zwar gab und gibt es noch Räte, erinnert sei hier an Betriebsräte, oder die mit noch geringeren Rechten ausgestatteten Personalräte, beider Rechte und Pflichten sind aber Ergebnisse parlamentarischer Entscheidungen. Gerade diese Niederlage der Gewerkschaften und die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes hat in Deutschland zu einer gewollten bzw. einer absehbaren Spaltung durch eine „Dualität“ in den Betrieben zwischen Gewerkschaften und betrieblich gewählten einzelbetrieblichen<sup>5</sup> „Beschäftigtenvertretungen“ geführt. Dies sollte

die Gewerkschaften nicht entlasten sondern schwächen und daran war die sozialdemokratische Partei meist beteiligt – ein Umstand, der bei einer Strategieentwicklung einer Politik der Linken (insbesondere bei Koalitionen) zu beachten ist.

### Damit sind wir wieder bei der Linken. Was ist eigentlich ihre Aufgabe?

Zunächst sei Ingar Solty, unter anderem Referent für Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung zitiert: „Es braucht eine linkssozialistische Partei am linken Flügel der organisierten Arbeiterbewegung, die radikal (...) Reformen durchführt<sup>6</sup> und zugleich alles Er kämpfte nur als Verbesserung der Kampfposition für den Sozialismus ansieht.“ Eine (starke) organisierte Arbeiterbewegung bedarf einer Partei, die veranschaulichen können muss, dass wir a) im Kapitalismus leben und b) wie der Kapitalismus grundsätzlich und heute funktioniert. Schwer zu lesen aber immer noch aktuell, war „Lohn, Preis, Profit“<sup>7</sup> – über 100 Jahre alt – lange Zeit Material gewerkschaftlicher Bildungsarbeit und wird heute (leider) nicht mehr offiziell verwendet. Linke sollten aber mindestens die Inhalte des genannten Textes kennen und verstanden haben. Dann ist es ihnen möglich mit den „Arbeitnehmer\*innen“ und ihren Vertreter\*innen zu diskutieren, die zwar zumeist selbst wissen, dass sie die Gebrauchswerte schaffen auf die sie stolz sein können (dabei sollte nicht die Angst im Vordergrund stehen „Kruppianer und Siemensianer“ zu schaffen bzw. ideologisch zu stärken). Das betrifft zwar leider auch Rüstungsprodukte, aber das ist eine andere Diskussion. Dass der Gebrauchswert in dieser Gesellschaft nur als Träger des Tauschwertes für das Kapital von Interesse ist, ist vielen

allerdings nicht bewusst. Auch ahnen viele Entgeltabhängige, dass das Kapital Macht ausüben kann und ausübt, denn oft haben sie das selbst erlebt, oder sie kennen Kolleg\*innen, die das erfahren mussten und es ist immer wieder, wenn auch indirekt, den Klagen ihrer betrieblichen „Interessenvertretungen“ zu entnehmen. Viele Menschen wissen aber nicht, dass die Unternehmer stark organisiert sind, wobei in ihren Organisationen die großen Kapitale den bestimmenden Einfluss haben.

Es gibt also Ansatzpunkte für eine systemkritische Diskussion. Für eine Linke ist es existentiell gewerkschaftliche Organisationen zu verteidigen und zu stärken, wobei Gewerkschaften ihrerseits offener für Kritik an Inhalten und Strukturen werden müssen.

Dass sie Teil einer „Klasse an sich“ sind, wenn sie nicht gerade von einem Aufstieg träumen, ist vielen Beschäftigten bewusst, sonst hätten die Gewerkschaften nicht immer noch über 7 Mio. Mitglieder (darunter allerdings auch zahlreiche, die meinen Gewerkschaften seien ein „ADAC der Arbeitswelt“). Angesichts der abnehmenden Beschäftigung in der Industrie verlieren die Gewerkschaften aber Mitglieder. In den wachsenden Dienstleistungsbranchen ist es zumeist schwer Beschäftigte für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft zu gewinnen, sei es aufgrund von Sprachschwierigkeiten oder falscher Anschauungen über Gewerkschaften. Hinzu kommt, dass der Anteil der sogenannten Soloselbstständigen gerade im Dienstleistungsbereich (z.B. Fahrer\*innen), im IT-Bereich und unter den Kulturschaffenden wächst. Auch sie gehören zumeist zur „Klasse an sich“, auch wenn viele das nicht hören oder nicht wahrhaben wollen. Dennoch bilden sich Risse, allerdings es gibt noch keine Strategien, wie die immer wieder aufflackernden Proteste und Aktionen und zu verstetigen wären. Eine gemeinsame Haltung zur eigenen Lage und zum gegenwärtigen System herauszubilden und zu einer allgemeinen Bewegung zu entwickeln und Formen der Gegenwehr zu finden, bleibt eine Herausforderung. Da sind auch Kritiken an gewerkschaftlichen Aktionen, den Ergebnissen von Auseinandersetzungen<sup>8</sup>, der

5– Damit wird das Konkurrenzprinzip auch auf die Beschäftigten in der Produktionssphäre übertragen. An dieser Aufspaltung ändert auch nichts grundsätzlich, dass gesetzlich abgesichert Gesamt- oder Konzernbetriebsräte und sogar europäische Betriebsräte gebildet werden können.

6– Vielleicht tue ich ihm Unrecht, aber auch hier wieder, was gerade bei Gewerkschaftsfunktionär\*innen häufig vorkommt: Wir machen für euch und eben nicht wir machen mit euch!

7– Karl, Marx: „Lohn, Preis, Profit“, in: MEW, Bd. 16, Berlin, 1973, S. 101 - 152

8– Ein einfaches „Da wäre mehr drin gewesen!“ macht die Enttäuschung über einen Abschluss deutlich, aber hilft meist nicht weiter. Wichtig wäre eine Analyse der

Organisation und der Verfasstheit bzw. den Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder notwendig und erlaubt!<sup>9</sup>

Allein eine „Klasse für sich“ zu propagieren trifft die heutige Situation nicht mehr. Denn es gibt ganz verschiedene Ansichten der Angehörigen der Klasse, über die eigenen und angestrebten Lebensverhältnisse, die Interpretation der gesellschaftlichen Verhältnisse und über die Notwendigkeiten ihrer Überwindung. Diese Vielfältigkeit hat längst auch die DL bzw. deren Wähler\*innenschaft erreicht<sup>10</sup>. Dabei spielen Medien eine nicht zu unterschätzende, aber einzukalkulierende Rolle.

Dass sich in einer linken Partei Menschen verschiedener sozialer Wirklichkeiten, Erfahrungen, Deutungen zusammenfinden ist eine Notwendigkeit. Wenn diese Vielfalt in die Entscheidungsfindung für die (Weiter-) Entwicklung eingebracht wird, kann eine Linke nahe an der erlebten Realität der Menschen bleiben, ohne dass Grundsätze aufgegeben werden müssen.

Es ist nicht Aufgabe einer linken Partei eine (Ersatz-)Gewerkschaft zu sein, gar eine bessere Gewerkschaft oder deren Ersatz, sondern die Notwendigkeit einer starken Gewerkschaft zu propagieren, und sie dazu zu bringen nicht nur einen „ (...) Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen..., statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern“<sup>11</sup>. Arbeitsgemeinschaften wie „Betrieb und Gewerkschaft“ in der DL sind die notwendigen Organisationen zur Unterstützung gewerkschaftlicher und betrieblicher Auseinandersetzungen. Die Diskussion der Politik der Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertretungen und über die Änderung des bestehenden Systems in ihnen ist unerlässlich. Ebenso unerlässlich – und das sollte eigentlich nicht mehr betont werden müssen – ist die Positionierung einer linken Partei für Frieden, die Verhinderung/Beendigung von Kriegen und die Aufnahme von Flüchtlingen. Aber die Geschichte sich als links bzw. fortschrittlich bezeichnender Parteien, von SPD über Die Grünen bis zum BSW zeigt etwas anderes. Ihre gewandelte Haltung wurde und wird von den allermeisten Medien goutiert

und als „vernünftig“ herausgestellt und ihre Leser\*innen, Hörer\*innen, Seher\*innen nicht über die Historie und Hintergründe informiert<sup>12</sup>. Wenn dann noch die ständige Wiederholung gesichert ist<sup>13</sup>, reicht es meist, um die „westlichen Werte“ als allgemeingültig, weil rechtlich



*Lang ist es her...*

abgesichert und human darzustellen. Die bewusst gewählten Begriffe und die Sprache (das „Wording“)<sup>14</sup> tun ein Übriges.

Wie ist zu erreichen, dass linke Inhalte und Einsichten Eingang z.B. in gewerkschaftliche Arbeit und Bildungsarbeit finden? Linke müssen Einfluss auf Gewerkschaften haben, das geht allerdings kaum von außen. Aber Menschen zu finden,

die in Betrieben arbeiten und bereit sind Zeit für gewerkschaftliche Arbeit zu „opfern“, ist derzeit nicht einfach. Arbeitsgemeinschaften wie „Betrieb und Gewerkschaften“ und Linke müssen klar machen, dass es „eine Klasse an sich“ gibt und worin sie besteht, dass es den Zwang der Mehrwertproduktion gibt und dass es doch nur natürlich, bzw. vernünftig ist, mitzubestimmen was mit dem Mehrwert/Mehrprodukt geschieht, bzw. geschehen soll.

Linke Politik im Parlamentarismus, wie wir ihn kennen, kann erfolgreich sein. Dies zeigt beispielsweise die Wohnungsbaupolitik des „Roten Wien“ aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts. Aber man muss es auch wollen wie im genannten Beispiel indem man die Reichen zur Kasse bittet. Es ist manchmal möglich parlamentarische Mehrheiten zu gewinnen und eine „soziale Politik“ durch- und umzusetzen, aber es wird nicht ohne erhebliche Gegenwehr und Konflikte gehen. Und die Nachhaltigkeit solcher durchgefochtenen Maßnahmen ist nicht von selbst gegeben. Auch sollte nicht verkannt werden, dass die Beteiligung am Parlamentarismus diesen stützt, Alternativen eventuell ausgrenzt. Es ist richtig sich an geschichtliche Ereignisse zu erinnern, z.B. dass es gerade die Parteien der Arbeiterbewegung waren, die das System des Parlamentarismus, wie er heute besteht, und das Prinzip „Ein Mensch, eine Stimme“ erfochten haben, aber wir sollten uns auch vergegenwärtigen, dass zahlreiche

*Ausgangssituation, des Kräfteverhältnisses, der Publizität, der Dauer und des Zustandes bzw. Meinungen und Unterstützung der Betroffenen des Konfliktes.*

- 9– Eine solche berechtigte Kritik sollte aber nicht dazu führen Gewerkschaften als solche und „Einheitsgewerkschaften“ in Frage zu stellen. Sich auf Gewerkschaften zu beziehen heißt eben nicht mit allen Entscheidungen oder Meinung der Führungen einverstanden zu sein. Immerhin ist die DL 2020 laut „Bundeszentrale für politische Bildung“ die Partei mit dem höchsten Gewerkschaftsmitgliederanteil unter den Mitgliedern. Auch über 30% lässt noch viel Platz nach oben. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die DL die Partei mit dem höchsten Anteil jugendlicher Mitglieder ist, die oft nicht in Arbeitsverhältnissen stehen. Der Trend scheint ungebrochen, stellt die DL aber vor neue und hohe Anforderungen.
- 10– Glauk, Theo, Köhler, Christoph: „Gräben im Elektorat Der Linken! Drei neue Studien und was wir aus ihnen lernen können.“ Manuskript 5.4.2024, München, 2024, beim Autor abrufbar.
- 11– Karl, Marx, ebenda, S. 152
- 12– Raab, Patrik: „Der Ukraine-Krieg und der Realitätsverlust der Medien“, In: Hintergrund, Heft 1-2/2024, S. 20 - 23
- 13– Die Psychologie hat festgestellt, dass durch ständige Wiederholungen eine „Information“ eher als glaubwürdig erachtet und als solche abgespeichert wird.
- 14– Spoo, Eckart: „Wording: Anmerkungen zum Sprachgebrauch“, In: Hintergrund, Heft 1-2/ 202024, S. 16 - 19



heute als fortschrittlich bezeichnete Veränderungen durch Kompromisse und besondere historische Umstände zustande kamen. Erinnert sei nur daran, dass das Grundgesetz den Wechsel des ökonomischen Systems (des Gesellschaftssystems weg vom Kapitalismus) zulässt, aber z.B. das Bürgerliche Gesetzbuch in den Artikeln 903 und 950 eben das System des Kapitalismus gesetzlich absichert und damit als normal, richtig und natürlich und sakrosankt definiert.<sup>15</sup> Und das Grundgesetz

ist nicht in Stein gemeißelt, wie die zahlreichen mit 3/4-Mehrheiten des Bundsparlaments beschlossenen Änderungen, meist zu Ungunsten der Freiheiten der Bevölkerung und von Flüchtlingen<sup>16</sup>, zeigen.

Die DL sieht nach der Abtrennung der als BSW benannten „linkskonservativen“ Partei eher optimistisch in die Zukunft und führt zahlreiche Neueintritte an. Ob das Zweckoptimismus ist, wird sich zeigen. Bleibt das Statement aus dem Artikel in der *Arbeiterstimme* Nr. 222,

S. 10: „Wenn man nicht mehr miteinander kann, muss man sich trennen.“

Aber es gilt auch weiter, was der leider allzu früh verstorbene Wiglaf Droste reimte: „Und wenn sie noch so stinke, es lebe die Linke!“ Was bleibt uns, wenn auch nicht gereimt, übrig als weiter zu machen?

F.R.

15– Vgl. hierzu: Butterwegge, Christoph: „Reiche reicher machen – Wie die Regierungen der Bundesrepublik mit ihrer Steuerpolitik die Wohlhabenden systematisch begünstigen“ In: *junge Welt*, Nr. 110, 13. Mai 2024, S.12 -13. Nicht vergessen werde sollte auch, dass die gesetzlich geduldete Tarifflicht der Unternehmen die Allgemeinheit Milliarden kostet. 130 Milliarden Euro listet die Metallzeitung der IG Metall auf. Sternheimer, Erb, Berberich: „Wie Tarifflicht uns allen schadet“, In: *metall*, 1-2 2024, S. 10 - 12

16– siehe unter anderem *Die Rote Hilfe Zeitung*, 2/2024

## Fokussierung auf falsche benannte Schwerpunkte wird eine linke Partei nicht voranbringen.

Am 16. und 17.6.2024 fand der Landesparteitag der bayerischen Partei Die Linke (DL) in Veitshöchheim bei Würzburg statt.

Ca. 120 Delegierte vertraten rund 2.500 Parteimitglieder, deren vorrangige Aufgabe es war zwei (neue) Landesvorsitzende und den neuen Landesvorstand zu wählen. Zudem war unter anderem der Leitantrag zu beschließen, der Grundlage für den Arbeitsplan des Landesvorstandes ist und die Ausrichtung der Landespolitik der DL in Bayern und seinen Regionen/Kreisen. Interessant war unter anderem, dass fast alle Redner\*innen, von einer tiefen Krise der DL redeten, wohl vor allem vor dem Hintergrund der Rezeption der „schlechten“ Wahlergebnisse der DL bei der gerade vergangenen Europawahl und den „schlechten“ Wahlergebnissen der vergangenen Landtagswahl, die Stimmeneinbußen und eben nicht das erhoffte Ergebnisse für die DL erbrachten. Konnte für das schlechte Wahlergebnis der Landtagswahl noch die öffentlichkeitswirksame „Streiterei“ mit Sarah Wagenknecht und ihren Anhänger\*innen verantwortlich gemacht werden, entfiel mit der Gründung und dem Wahlantritt des BSW und den Ergebnissen der Euro-

pawahl wohl dieses Argument. Keiner ging auf den zu verzeichnenden (wenn auch nicht massiven) Mitgliederzuwachs der DL (auch in Bayern) ein und sah dies als Fortschritt an. Stattdessen wurde über „schlechte“ Wahlergebnisse gejammert und diese als Notwendigkeit für eine Änderung der Parteipolitik auch in Bayern gewertet. Dieses Verhalten kann als Beweis gesehen werden, dass der Parlamentarismus auch unter vielen Mitgliedern der DL mittlerweile hegemonial ist. Dass dies auch auf viele „Spitzenfunktionär\*innen“ zutrifft offenbart auch der Leitantrag, vorformuliert und eingebracht vom Landesvorstand. Unter der Überschrift: „Mieten runter – Löhne rauf!“ beschränkt er sich auf zwei Aussagen in Forderungsform, die dem Anspruch einer notwendigen kurzen, prägnanten und den „Markenkern“ der DL darstellenden und sie wieder „erkennbar“ machenden Sinn und Umfang widerspiegeln sollen, so unter anderem die Begründung. Falsche Zuschreibungen und beschränkte Aufgaben sind aber nicht leitend. Die DL macht keine Entgelte und setzt sie auch nicht durch! Dies ist eine Aufgabe der Gewerkschaften. Die DL kann und muss die Gewerkschaften

im Rahmen ihrer Möglichkeiten unter anderem bei der Durchsetzung von Tarifforderungen unterstützen. Es geht also vor allem um die Stärkung der Gewerkschaften und der betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten, und der verstärkten Einflussnahme auf Gewerkschaften für eine richtige und effektive Politik. „Mieten runter!“ ist wie „Löhne (eigentlich Entgelte) rauf!“ eine richtige Forderung, aber nicht nur in Bayern sind nicht alle Menschen Mieter\*innen! Es geht doch um preis- und lebenswertes Wohnen! Ein Markenkern, eine notwendige Forderung einer linken Partei ist die Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens sowie der Kampf gegen Rassismus und Faschismus. Letzteres ist immer wieder zu benennen und zu betonen! Das sollte auch nicht für Wahlerfolge angeblich sichernde und notwendige Kürzungen bzw. „Fokussierung“ geopfert werden. Dass der Leitantrag unverändert angenommen wurde, allerdings bei ca. 40% Gegenstimmen zeigt, dass auch die DL noch erheblichen Diskussions- und Bildungsbedarf hat (nicht nur in Bayern), um eine linke Partei zu bleiben und die Spaltung zu überwinden.

F.R.

# A Golden Opportunity

## In 100 Jahren vom Ärztestreik zum Privat-Equity-Investment

Der Ärztestreiks 1923/24 endete mit einer Niederlage der meist reaktionären Ärzteschaft und war zugleich die Geburtsstunde der Polikliniken. Die Folge eines reaktionären Streiks waren durchaus fortschrittliche Entwicklungen im Sinne einer besseren Patientenversorgung. Jetzt, Jahrzehnte nach der Abwicklung der ostdeutschen Polikliniken im Zuge der Wiedervereinigung, kehren sie nach 100 Jahren in Form von Medizinischen Versorgungszentren zurück – allerdings überwiegend einer kapitalistischen Logik von Profitmaximierung unterworfen.

Von September 1923 bis Januar 1924 streikten in der Weimarer Republik die niedergelassenen ÄrztInnen, d.h. sie akzeptierten die Krankenscheine der KassenpatientInnen nicht mehr, sondern waren nur noch auf private Rechnung tätig. Hintergrund waren heftige Auseinandersetzungen über Vergütung und staatliche Eingriffe in die ärztliche Souveränität. Eine unmittelbare Folge des Ärztestreiks war die Einrichtung von Ambulatorien und Polikliniken in der Regie der Kassen, die damit die Behandlung ihrer

kassen. Mit der Machtübertragung auf den deutschen Faschismus fand diese Entwicklung ein jähes Ende.

In der BRD wurden in der Adenauerzeit die Rolle des ambulant tätigen niedergelassenen Arztes wieder gestärkt und mit dem Kassenarztrecht von 1955 in eine nahezu monopolistische Stellung überführt.

Die DDR ging demgegenüber den umgekehrten Weg. Die ambulante ärztliche Versorgung war fast ausschließlich über die Ambulatorien oder die größeren Polikliniken (Fachärzte, Allgemeinärzte, Zahnärzte, Apotheke und Labor unter einem Dach) abgedeckt. 1989 gab es knapp 21.000 ambulant tätige Ärzte, nur 340 waren in eigener Niederlassung tätig. (*Einzelheiten und Zahlen nach Hofemann, Klaus: „Die Privatisierung der ambulanten Versorgung, [http://www.med.uni-magdeburg.de/jkmg/wp-content/uploads/2013/03/JKM\\_Band19\\_Kapitel4\\_Hofemann.pdf](http://www.med.uni-magdeburg.de/jkmg/wp-content/uploads/2013/03/JKM_Band19_Kapitel4_Hofemann.pdf)*)

Mit der Wiedervereinigung wurde das staatlich getragene System der Polikliniken und Ambulatorien der DDR abgewickelt und das Monopol privatwirtschaftlicher Leistungen in der ambulanten ärztlichen Versorgung auf Ostdeutschland ausgedehnt. 15 Jahre später unter der Rot-Grünen Regierung Schröder und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) wurde dann der Weg geebnet, den ambulanten Gesundheitssektor für Investoren zu öffnen. Das war eine in diesem Bereich bis dahin unbekanntes Entwicklung.

Seit 2004 ist es in Deutschland zulässig, Medizinische Versorgungszentren (MVZ) zu gründen und es ist darüber hinaus möglich, dass fachfremde Personen (nicht nur Ärzte, Apotheker etc.) als Investoren auftreten. Zunächst waren fachgleiche MVZ (also z.B. Augenarzt-Ketten) ausgeschlossen, nur Ärzte unterschiedlicher Fachrichtungen (also z.B. Orthopäde und Radiologe) konnte sich zusammenschließen.

So richtig Bewegung in die MVZ-Gründung kam aber erst, nachdem

im Jahr 2014 auch fachgleiche MVZ zugelassen wurden. In den folgenden Jahren stieg die Zahl der MVZ-Gründungen stark an, Ende 2020 gab es bundesweit bereits beinahe 4000 MVZ.

Die Zahl der in MVZ tätigen ÄrztInnen betrug etwa 24.000 (im Vergleich dazu etwa 50.000 in Einzel- und 90.000 in Gemeinschaftspraxen.

(siehe dazu: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-ausverkauf-der-ambulant-versorgung-49318.htm>)

### A Golden Opportunity – Finanzialisierung der sozialen Reproduktion

Der Münchener Unternehmensberater McKinsey & Company hat 2017 in einem Strategiepapier für Investitionen in der Gesundheitsbranche geworben. Der Titel des Papiers lautet „European healthcare – a golden opportunity“. Goldgräberstimung also bei den Investoren.

Die Eigentumsverhältnisse der zahlreichen MVZ sind nicht immer klar ersichtlich. Die Zahl der von Investoren geführten MVZ steigt aber auf jeden Fall rasant an. Deutschland gibt es derzeit ca. 90 „Ketten“ medizinischer Einrichtungen, die von Privat-Equity-Unternehmen übernommen wurden, 45 im ambulanten Bereich, 6 Krankenhausketten, 18 Pflegedienste und Pflegeheime, 5 in der Rehabilitation und 3 Labore. Im Pflegesektor sind ca. 80.000 Beschäftigte in Einrichtungen tätig, die Privat-Equity-geführt sind.

In einer Untersuchung für die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns aus dem Jahr 2020 zeigte sich, dass von den ca. 600 bayerischen MVZ etwa 10% Private-Equity geführt sind. Tendenz auch hier rasant steigend.

(Zahlen nach Buzek und Scheuplein. Der Münsteraner Stadtgeograf Richard Buzek hat zusammen mit Christoph Scheuplein umfangreiche Untersuchungen zum Thema publiziert)



Anzeige im Vorwärts, 1923

KassenpatientInnen sicherstellten. Während konservative und reaktionäre Teile der Ärzteschaft den Streik unterstützten, beteiligten sich linke und sozialistische orientierte Ärzte eher am Aufbau der Polikliniken und wurden von ihren KollegInnen dafür angefeindet.

In den folgenden knapp zehn Jahren entwickelten sich umfangreiche ambulante und stationäre medizinische Einrichtungen der Kranken-



Beschäftigte der „Medizin für das Volk“ bei einer Protestaktion

Dabei wird von den Investoren – im Falle des Gesundheitswesens überwiegend von nicht börsennotierten Private-Equity Gesellschaften – Anlagesuchendes Kapital eingesammelt und in Einrichtungen der Sozialen Vorsorge investiert (Rente, Pflege- oder Reha-einrichtungen, Arztpraxen etc.), die vornehmlich über zeitlich begrenzte Fonds Geld von Anlegern einsammeln und damit z.B. eine bestehende Arztpraxis oder ein MVZ aufkaufen, mit anderen Praxen oder MVZ zusammenfügen und Ketten von MVZ bilden (beispielsweise im Münchener Raum die Augenarzt Kette *Smile Eyes*) und nach wenigen Jahren gewinnbringend weiterverkauft. Der Weiterverkauf findet häufig erneut an einen Investor statt, und die Sache geht von vorne los. Die Haltedauer liegt bei wenigen Jahren, die Rendite liegt in der Regel im zweistelligen Bereich. Ca. 75% der Privat-Equity haben ihren Sitz in Steueroasen, d.h. Krankenkassenbeiträge fließen weitgehend unbesteuert in die Taschen von Investoren.

Mutmaßlich handelt es sich erst um den Beginn der Finanzialisierung der ambulanten Gesundheitsversorgung. Im Gegensatz zur Privatisierung der Krankenhäuser

ist dieser Bereich nicht so sehr im Focus der Öffentlichkeit.

Dabei sind die Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung erheblich. Renditeorientierung und Gewinnmaximierung sind die Folgen des Einstiegs von Investoren. Die bisherige Empirie zeigt, dass dies naturgemäß nicht zu Einsparungen im Gesundheitswesen führt, sondern im Gegenteil zu Mehrausgaben. Auch die Selbstbeteiligungskosten für die Kunden, also die Patienten, werden weiter steigen.

### **Gegenentwürfe zur Finanzialisierung des Gesundheitswesens**

Als Sofortmaßnahme leuchtet ein, dass Investoren die Möglichkeit zur Kapitalanlage im Gesundheitswesen wieder entzogen werden muss. Eine entsprechende Gesetzesinitiative wurde von Gesundheitsminister Lauterbach angekündigt. Man darf gespannt sein, was daraus wird.

#### **Kommunale MVZ**

Inzwischen existieren auch ein ganze Reihe kommunaler MVZ oder vergleichbarer Einrichtungen. Im Idealfall fungiert die Kommune als Arbeitgeber und stellt das medizinische Personal an, allerdings gibt es auch

hier in der Realität Kooperationen mit Konzernen.

#### **Polikliniksyndikat**

Aus linker Perspektive sind solidarische Gesundheitszentren wie das Polikliniksyndikat eine spannende Alternative, die es bereits in verschiedenen deutschen Städten wie Hamburg, Berlin, Dresden Leipzig oder Köln gibt. Das Augenmerk liegt auf den Bedürfnissen der PatientInnen. Gewinn und Rendite spielen keine Rolle. In Deutschland ist dies freilich bisher nur eine Randerscheinung

Dass vergleichbare Einrichtungen der solidarischen kostenlosen Gesundheitsversorgung auch in Europa in größerem Umfang möglich sind zeigt das Beispiel der MPLP (*Organisation Medizin für das Volk*), in Belgien, die der dortigen Partei der Arbeit (PTB/PvdA) nahe steht. Nach jahrzehntelangen und am Ende erfolgreichen Kämpfen gegen unterschiedliche belgische Regierungen und ärztliche StandeskollegInnen versorgt die MPLP heute 25.000 PatientInnen in 11 Gesundheitszentren regelmäßig mit hervorragender und kostenloser Medizin (Weitere Einzelheiten finden sich in der *Arbeiterstimme* Nr. 220 aus dem Jahr 2023)

## 25 de Abril '74: Nelkenrevolution in Portugal Erinnerung an ein europäisches Ereignis



**G**randola Vila Morena, so erklang es am frühen Morgen des 25. April 1974 aus dem portugiesischen Rundfunk. *Grandola, braungebrannte Stadt. Heimat der Brüderlichkeit. Das Volk ist, wer am meisten bestimmt in Dir, o Stadt...* Es war das verabredete Zeichen für den Sturz einer der letzten langlebigen Diktaturen in Europa durch die „Bewegung der Streitkräfte (MFA)“. Er begann als militärischer Staatsstreich einmal nicht von rechts, sondern von halblinks und links und mündete in den Versuch einer sozialen Revolution. Die Kriege, die das neokoloniale Portugal unter den Diktatoren Salazar und zuletzt Marcelo Caetano (1908-1980) noch in Afrika führte, loderten als zündender Funke zurück ins Mutterland. Eine kriegsmüde, besonders jüngere Offizierselite, die „capitães“ (Hauptleute) schmiss ihr Unterdrückungshandwerk hin und wandte sich gegen die Diktatur. Portugiesische Armeen kämpften damals hauptsächlich noch in Guinea-Bissau, Angola und Mosambik, weiterhin portugiesisch okkupiert waren Sao Tome und Principe, Kap Verde, Macao und Portugiesisch Timor. Es kostete die einstige koloniale Seefahrt-Großmacht einen

horrenden ökonomischen Preis, forderte zehntausende Menschenleben, verschliss die Armee und stellte einen Anachronismus dar. Der Umsturzplan von Armee-Befehlshabern und militärischen Führungsgestalten, die auf ihnen loyale Armee-Teile zählen konnten, war von langer Hand vorbereitet und abgestimmt. Zunächst mit allgemeiner Stoßrichtung der Beseitigung der Diktatur, des Endes des Kolonialismus und der Errichtung einer Demokratie. Portugal war Nato-Land. (Der EG trat es zusammen mit Spanien erst 1986 bei). Eine „rote“ Revolution schien darüber hinaus zunächst nicht in Reichweite.

Der militärisch eingeleitete Umsturz war eine pazifistische Meisterleistung. Die Botschaft der roten Nelken, die sich, überreicht von der Bevölkerung, vor allem den Blumenfrauen auf Märkten, viele Soldaten zum Zeichen ihrer Absicht, nicht zu schießen, in ihre Gewehrläufe steckten und an ihre Uniformen hefteten, stand für einen weitgehend friedlichen und gewaltlosen Übergang. Das war die von oben, von der progressiven Militärführung ausgegebene Parole. Diese Militärs hatten genug vom Blutvergießen und kolonialen Abschlach-

ten, Ausbeuten und Unterdrücken. Eine ihrer herausragenden Köpfe war Major Otelo Saraivo de Carvalho, der als radikal linksorientiert galt. Aber auch Capitán Matos Gomez, der mit der kommunistischen Partei PCP sympathisierte, gehörte dazu. Eine widersprüchliche Rolle spielte der General Antonio de Spínola. Spínola war ursprünglich ein Mann des Regimes und diente diesem im Laufe seiner Karriere in mehreren wichtigen Positionen. Allerdings erkannte er während seiner Zeit als Oberbefehlshaber in Guinea-Bissau auch die Aussichtslosigkeit und den ganzen Anachronismus des Kolonialkrieges. Im Februar 1974 legte er diese Einschätzungen in seinem Buch (*Portugal e o Futuro, Portugal und die Zukunft*) öffentlich dar. Daraufhin wurde er seines damaligen Postens als stellvertretender Generalstabschef enthoben. Nach dem 25. April wurde dann bei den Kapitulationsverhandlungen, die der aufständische MFA mit dem Diktator Caetano führte, eine geordnete Machtübergabe an eine provisorische Regierung unter Spínola, der in gewisser Weise als neutral galt, ausgehandelt. Im weiteren Verlauf bildete Spínola den Gegenpol zu den linken Kräften im MFA. Im

September 1974 trat er nach heftigen Auseinandersetzungen zurück und im März 1975 versuchte er zusammen mit rechten Kräften zu putschen, weil ihm der Aufstand mit seinen Folgen für die breite Masse zu weit ging.

Während der kurzen und begrenzten Umsturzwirren in der Hauptstadt Lissabon und anderen größeren Orten kamen nur vier Demonstranten bei einem Kasernensturm gewaltsam ums Leben, die von der Geheimpolizei PIDE erschossen wurden. Caetano wurde, von Soldaten abgeschirmt, in einem Panzerwagen aus einer Kaserne, wohin er sich geflüchtet hatte, weggebracht. Er verließ per Flugzeug das Land. Die über viele Jahrzehnte unterdrückten politischen und gesellschaftlichen Kräfte freilich waren entfesselt und formierten sich zu sozialen und ökonomischen Kämpfen mit- und gegeneinander. Aber das verlief im Großen und Ganzen ohne irgendwelches Blutvergießen und ausufernde Exzesse. Wo es ging und möglich war, förderte und schützte das Militär gemäß seinem Programm eine gesellschaftliche Veränderung im demokratischen Sinn. Wesentlicher Teil dieses Programms war das propagierte Bündnis „MFA-Povo“ mit dem Volk und mit der Landbevölkerung. Im Unterschied etwa zu dem nur einige Jahre davor stattgefundenen gewalttätigen Militärputsch in Griechenland (ebenfalls Nato-Mitglied) und zum blutigen Putsch und Terror des Generals Pinochet und seiner Schergen 1973 in Chile. Das MFA bildete Komitees, in denen neben Militärs in Offiziers- und Unteroffiziersrängen Zivilpersonen als Fachkräfte mitwirkten, die vor allem im ländlichen Raum die Alphabetisierung vorantrieben, eine bessere Gesundheitsversorgung organisierten und Agrarberatung betrieben.

Den einen war ein sozialistisches und kollektives Räte-Portugal ein politisches Ziel, den anderen ein geordneter Übergang zu einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie westlichen Zuschnitts. Wiederum andere bastelten an einer autokratischen Restauration der früher herrschenden Kreise und bestimmenden Eliten, das waren die Optionspole. Dazwischen wurden im Wesentlichen die Auseinandersetzungen geführt, die sich zuspitzten, je länger sie dauerten und sich ausweiteten.

Im portugiesischen Sog fiel letztes Endes 1975 auch die sich in langer Agonie befindliche Diktatur des faschistischen Generals Franco im benachbarten Spanien. Doch waren dort die Kräfteverhältnisse auch historisch bedingt anders konfiguriert. Franco übergab das Zepter an die Monarchie. Zwei Auseinandersetzungs-Terrains taten sich auf: die Hauptstadt Lissabon und das benachbarte Setubal mit einem relativ starken Proletariat aus Industrie-, Hafen- und Werftarbeitern der LISNAVE-Werft, die aktiv ihre Streikmittel einsetzten, einerseits. Zum anderen das Land, vor allem der mittig-südlichere Alentejo und die südliche Küstenregion der Algarve, teils von Fischfang und Tourismus lebend. Der Norden, etwa in der zweitgrößten Industrie-Stadt Porto und darum herum, war eher konservativ orientiert und rechts ausgerichtet. Dort befand sich vor allem die Energieindustrie mit großen Wasserkraftwerken und Staudämmen in den Bergen auch für die Landbewässerung. Je südlicher man in Portugal gelangte, desto trockener wurden die Regionen. Dort befanden sich damals große Korkeichenwälder und Olivenplantagen, der einstige, aber heute stark geschwundene Agrar-Reichtum Portugals. Ab den 1960er Jahren wanderten portugiesische Arbeitskräfte zu Zehntausenden als „Gastarbeiter“ in Länder wie Frankreich und Westdeutschland aus.

In diesem überwiegend bäuerlichen Alentejo fand oft unter Militärschutz zunächst eine staatlich geförderte Kampagne der Enteignungen (bei Entschädigung) von großem Grundbesitz mit dem Ziel einer Agrarreform, die das Land neu verteilte, und der Aufbau von zahlreichen gemeinschaftlichen Agrarkollektiven statt. Unterstützt von jeweiligen linken Gruppierungen und bekämpft von den Partei-Organisationen der Besitzenden und ihren bewaffneten Banden. Es gab regional vielerorts Prügel, auch Schüsse, Verletzte, demonstrative Aufmärsche und bedrohliche Gegenmanifestationen. Und es kam zu vielen, auch spontanen Landbesetzungen und lokalen Konflikten darum. Der soziale Machtkampf in den städtischen Metropolen, wo es zur Bildung von Arbeiter- und Stadtteilkommissionen (CT, CM) und immer wieder zu Betriebsbesetzungen kam, konzentrierte sich auf den Widerstreit politischer

Parteien und Kräfte, die für die „Große Gesellschaftsreform“ eintraten und jenen, die sich ihr entgegenstellten, um möglichst wenig an den herrschenden Verhältnissen zu ändern oder geändert zu bekommen. Der Staatsstreich schwappte eigendynamisch über in eine prorevolutionäre Situation.

Über all dem hing wie ein Damoklesschwert die Nato, die einen Umsturz nach links ins sozialistisch-kommunistische Fahrwasser nicht hingenommen hätte, was allen, auch den linken Militärs, klar war. Portugal sollte kein europäisches zweites Kuba werden. Nichts desto trotz entfaltete sich davon unabhängig eine gesellschaftliche Dynamik, die über Monate nur schwer zu bestimmen und auszurechnen war, wohin sie in legaler politischer Verfasstheit, also gewählt und demokratisch, gehen und wie weit darüber hinaus ihr Atem reichen würde. Manchmal war die soziale Basis in Stadt und Land weiter als die Regierungs- und Parteipolitik. Dies spiegelte sich in teils unterschiedlichen, oft instabilen Regierungsbündnissen wider. Mehrere Regierungen, teils mit Beteiligung linker Kräfte, vor allem der PCP, wechselten beinahe monatlich bis vierteljährlich.

Die Schritte zu Sozial- und Agrarreformen zugunsten der breiten Bevölkerung hatten mächtige und einflussreiche Widersacher. Es war ein klassischer gesamtgesellschaftlicher Binnen- und Interessenkonflikt mit ungewissem Ausgang. Es tobte über Monate ein sozialer und politischer Klassenkampf. Von radikal links mit extrem rechts, von gemäßigt links mit gemäßigt rechts und quer dazwischen. „Doppelherrschaft“ könnte man es auch bezeichnen, die das gesellschaftliche Gefüge zeitweilig zu sprengen und zu lähmen drohte.

Es kam aber nicht zur großen Zuspitzung, sondern vielmehr, unter vielerlei Druck, sei es militärisch/strategisch von der Nato oder wirtschaftlich von der EG, zu einer Stabilisierung auf dem Weg zu „normalen“ westeuropäischen Verhältnissen. Damit wurden zwar drohende Szenarien wie eine erneute rechte Diktatur oder eine Nato-Intervention vermieden, aber es mussten auch die Hoffnungen auf alle weiter gehende Ziele wie etwa auf einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz, der für nicht wenige auf der Tagesordnung zu stehen schien, aufge-

geben werden. Der niedergeschlagene Prager Frühling lag noch nicht lange zurück, vor kurzem war Allendes legale „Poder Popular“ (Volksmacht) in Chile gewaltsam beendet worden. Gemäßigt sozialistische, radikal linke und kommunistische Kräfte um die nach Moskau orientierte PCP (Alvaro Cunhal) konnten sich weder entscheidend verständigen noch einigen, sondern zerrieben sich in Konkurrenzkämpfen um Einfluss und die „richtige“ Ideologie zur Bestimmung von Strategie und Taktik. Es fehlte der Linken an Einheit, an einer integrierenden führenden Persönlichkeit und der politischen Durchsetzungskraft. Die PCP allein konnte diese nicht herstellen, zu diffus waren Gesellschaft und Arbeiterschaft segmentiert und polarisiert.

Die sozialdemokratische PS (Sozialistische Partei) des aus dem Exil zurückgekehrten Rechtsanwalts Mario Soares, enge Partnerin der deutschen SPD, wurde von dieser finanziell gefördert und politisch unterstützt. Sie spielte eine wichtige, wenn auch unrühmlichen Rolle bei der Abwehr von sozialistischen Bestrebungen, bei der Verteidigung und Festigung der kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse unter dem Deckmantel der Bewahrung der „Demokratie“. Demokratie, basisdemokratisch oder gar revolutionär verstanden, hatte das Nachsehen. Willy Brandt war ein entschiedener Befürworter und Unterstützer der repräsentativ-demokratischen Normalisierung Portugals und damit der klaren Absage an jedwede revolutionären Experimente. PS und SPD waren auf Antikommunismus- und letztlich Antisozialismus-Kurs. Die Angst vor einer „Sowjetisierung“ Portugals spielte damals im Kalten Krieg in der West-Ost-Blockkonfrontation eine maßgebliche Rolle. Doch übte Moskau zu keinem Zeitpunkt einen auch nur irgendwie bestimmenden Einfluss auf die portugiesische Entwicklung aus, was man von den USA, der Nato oder der EG nicht behaupten konnte. Die „fünfte Kolonne“ befand sich auf westlicher Seite.

### **Was ist als historisches Fazit der Nelkenrevolution festzuhalten?**

Sie war zunächst ein großer Aufbruch des völlig entmündigten portugiesischen Volkes zu neuer Freiheit. Sie

markierte ferner das Ende des portugiesischen Kolonialismus, auch wenn es danach in der Folge besonders in Angola zu einem lange anhaltenden Bürgerkrieg kam, genährt auch durch den Ost-West-Konflikt. Sie führte in einem schwer umkämpften Übergang zu einer allgemeinen Demokratisierung des Landes. Sie wirkte wie ein Signal an die internationale wie deutsche Linke. Sie zeigte, dass unter bestimmten Bedingungen die Frage nach Alternativen und auch nach Sozialismus gestellt werden kann. Progressives Militär griff weitgehend ohne aktive Waffengewalt, Unterdrückung oder Verfolgung in eine politische Entwicklung ein und vollzog einen friedfertigen Staatsstreich zur Beseitigung einer Diktatur. Dies eröffnete politische und soziale Spielräume und gestalterische Optionen, ja sogar für soziale Experimente (Betriebs- und Landkollektive) unter militärischem Schutz! Das COPCON, das militärische Kontinentalkommando der MFA, sollte dies garantieren und koordinieren. Auch sonst gab es eine Reihe von Militärformationen, darunter auch Eliteeinheiten, auf die sich das Movimento de Forças Armadas verlässlich stützen konnte. Parallel wählten und delegierten Soldaten und Mannschaften in ihren eigenen Einheiten Soldatenräte, die sich zum SUV, „Vereinte Soldaten werden siegen“, zusammenschlossen.

Das MFA, die „Bewegung der Streitkräfte“, war als revolutionär angetretenes Übergangsorgan keine einheitliche Kraft, sondern spiegelte in sich die gesellschaftlichen Widersprüche. Ebenso verhielt es sich mit dem COPCON. Die Streitkräftebewegung war, von gewissen Allianzen abgesehen, nicht selbst politisch gestaltend tätig, sondern überließ dies den zivilen Kräften und Strukturen, die sich demokratisch neu formierten. Die MFA verstand sich mehr als Wächterin für diesen Prozess. Sie war aber auch fortexistierenden Geflechtem von Machtbeziehungen der alten Ordnung ausgesetzt. Und sie war in sich gespalten und konnte deshalb nicht immer einheitlich auftreten. Personen wie der progressive Carvalho konnten sich nicht nach vorne positionieren, sondern wurden am Ende ausgeschaltet und sogar angeklagt. Zu einem zeitweilig befürchteten, durchaus nicht undenkbareren Bürgerkrieg bewaffneter, einander bekämpfender

Parteien und Gruppierungen kam es dennoch nicht. Einzelne Scharmützel mit solchem Charakter waren nicht ausgeschlossen. Die Entwicklung war mitunter zum Zerreißen angespannt, es gab Bangen und Hoffen.

Die deutsche und europäische Linke entsandte tausende Erntehelfer:innen und Aktivist:innen, die vor allem die agrarkollektiven und sozialkooperativen Bestrebungen unterstützen und stärken sollten. Eigene Revolutionsvorstellungen wurden auf den Kampf in Portugal projiziert. In Westdeutschland entstand ein Netzwerk von Portugal-Solidaritätskomitees, die in zahllosen Veranstaltungen und Flugblatt-Aktionen vor allem Aufklärungsarbeit leisteten, den Revolutionsgedanken bewarben und Geld sammelten. Jede politisch linke Gruppierung hier hatte ihre „Lieblings“-Adressaten und Partner im entsprechenden portugiesischen linkspolitischen Spektrum. So kooperierte und bezog sich etwa das Sozialistische Büro auf das MES, die bedeutendste linkssozialistische Bewegung. Dann gab es verschiedene linke Splittergruppen: Die LCI-Liga und LUAR wiederum waren Ableger der trotzkistischen Internationale, MRPP und PRP-BR betrieben ML-Parteiaufbau oder bereiteten sich auf einen bewaffneten Kampf vor. Die kontroversen Debatten dort hatten ihren Widerpart in den strittigen Diskussionen hierzulande. Delegierte aus Betrieben und linken Projekten in Portugal tourten in Rundreisen durch Westdeutschland und West-Berlin, um aus erster Hand über die Lage vor Ort zu berichten und den Stand der Entwicklung zu diskutieren.

Nato und EG hielten sich zwar vordergründig zurück, aber zogen doch unzweifelhaft die entscheidenden Strippen hinter den Kulissen. Man drohte etwa mit stattfindenden Nato-Manövern, die USA verfügten über Militärstützpunkte im Land und einen Luftstützpunkt auf den Azoren, die zu Portugal gehören. EG-Gelder flossen zugunsten einer „freien Wirtschaft“ und von Konzern- und Unternehmensinvestitionen. Die Bewegung der Streitkräfte büßte an Einfluss ein, war immer weniger zu einheitlichem Handeln fähig und zerfiel allmählich in ihre Fraktionen, die die Oberhand gewannen und sich gegenseitig blockierten und befehdeten. Befehls- und Gehorsamkeits-Strukturen wurden

reinstalliert, etablierte Soldatenräte wieder beseitigt. Einzelne Armee-Teile traten nun aktiv den Linkstendenzen in Militär und Gesellschaft entgegen. Die deutsche Sozialdemokratie spielte eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung des „demokratisch-parlamentarischen“ portugiesischen Wegs und setzte ihre Programmatik der aufkeimenden, basisdemokratischen Mobilisierung und Organisation von unten entgegen.

Ab etwa Mitte bis Ende des Jahres 1976 war der Kampf um die politische Macht so gut wie entschieden. Vielen war der revolutionäre Elan abhandengekommen. Ernüchtert musste man den Realitäten, der sich mit Macht neu etablierenden Ordnung ins Auge sehen. Portugal begab sich auf den Weg zur bürgerlichen Demokratie. Nach und nach konnten so Errungenschaften der Revolution, etwa in Teilen die Agrarreform, auf gesetzlichem Weg durch Mehrheiten rückgängig gemacht und abgeschafft werden, um frühere Besitzverhältnisse wieder herzustellen. Die Nelkenrevolution in ihrer Doppelnatur begann als Revolution, entwickelte weitreichende Ambitionen und etablierte aber letztlich ein bürgerlich-demokratisches Portugal. Das trägt die Tragik einer verpassten Chance in sich. Vielleicht bleibt die Erinnerung an diese Chance und die Hoffnung auf eine friedliche und humane Revolution auch im kollektiven Gedächtnis. Andererseits sollte man die Entwicklung in Portugal nach 1974 auch nicht verklären. Es konnten damals nur Ansätze in Richtung auf

eine zum Kapitalismus alternative Gesellschaft erreicht werden. Die entscheidenden Schritte, die die (Macht-)Verhältnisse wirklich verändert hätten, wurden nicht gegangen. Es ist auch zweifelhaft, ob unter den historischen Voraussetzungen und den gegebenen Bedingungen ein solcher Kampf hätte erfolgreich geführt werden können.

EK/HB, 20. Mai 2024

#### Literatur:

*Sozialistisches Büro Offenbach: Portugal – Auf dem Weg zum Sozialismus? Offenbach 1975; Otelio Saraiva de Carvalho: Anklage und Verteidigung. Der Prozess gegen die Nelkenrevolution. Frankfurt 1989; Redaktion A Ideia: Alternative sofort! Ein libertäres Programm am Beispiel Portugals. Wien 1980; Charles Reeve: Die portugiesische Erfahrung. Das putschistisch-militärische Konzept der Sozialen Revolution. Hamburg o.J.; Paul M. Sweezy: Klassenkämpfe in Portugal. In: Monthly Review, Heft 5/1975 (1. Jg.), S. 1-23; Ders.: Klassenkämpfe in Portugal, II. Teil. Monthly Review, Heft 6/1975 (1. Jg.), S. 13-31; Jaime Semprun: Der soziale Krieg in Portugal. Hamburg 1975; Urte Sperling: Die Nelkenrevolution in Portugal. Köln 2014; Klaus Steiniger: Portugal im April. Chronist der Nelkenrevolution. Berlin 2011; Der Autor verfasste in der marxistischen Zeitschrift Arbeiterstimme einen zweiteiligen Artikel „Portugal im revolutionären Aufbruch 1974/75“, Teil I, Ausgabe Herbst 2014, Nr. 185; Teil II, Winter 2014/15, Nr. 186. Die beiden Zeitungs Ausgaben können online als Download bezogen werden über: [www.arbeiterstimme.org/archiv](http://www.arbeiterstimme.org/archiv).*

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

### Nr. 223 Frühjahr 2024, 32 S.

- Die Ampelkoalition in Schwierigkeiten
- Die Massendemonstrationen in Deutschland zur Rettung der Demokratie
- Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime
- Chile – Das Ende des Verfassungsprojektes
- Jeder Tag, den Kuba übersteht, ist ein Sieg
- Robert Siewert. Eine Biographie
- Nachruf: Gerd Callesen (1940–2023)

### Nr. 222 Winter 2023, 28 S.

- Das Erstarken der AfD
- Die Landtagswahlen in Bayern
- Unsere Jahreskonferenz 2023
- Partei Die Linke – Das Ende eines linken Projektes?
- Spaltprodukt BSW – Wohin geht die Reise?
- Die Wagenknecht-Partei und die Krise der Linken
- Der Globale Süden – die globale Wende?
- Der Gazakrieg

### Nr. 221 Herbst 2023, 20 S.

- China, Feind und Partner im Wettbewerb. Alles klar?
- Die Legende vom deutschen Oktober 1923
- Was geht in Peru vor? Teil III
- Losurdos Blick auf die Friedensidee und ihre Folgen

### Nr. 220 Sommer 2023, 28 S.

- Tarifrunden 2022/2023
- KPÖ erobert Landtag und hängt Grüne ab!
- SPÖ: Doskozil oder Babler oder doch umgekehrt?
- Die Linke kann erfolgreich sein
- Rüstungswahn und Rüstungsplan
- Was geht in Peru vor? Teil II
- Zur Wahl des Verfassungsrates in Chile
- Die Türkei nach den Wahlen

Bestellungen bitte an:

*Arbeiterstimme*

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

*Arbeiterstimme*

[www.arbeiterstimme.org](http://www.arbeiterstimme.org)

Anzeige



**ROTE HILFE e.V.**

**SOLIDARITÄT**

100 Jahre Rote Hilfe – 100 Jahre Solidarität

[info@rote-hilfe.de](mailto:info@rote-hilfe.de) ★ [rote-hilfe.de](http://rote-hilfe.de)

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V., Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39

BIC: NOLADE21GOE

Die Rote Hilfe e.V. ist die parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

# Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

**240 Seiten, Paperback, 12,- €**  
 ISBN 3-00-010296-5  
 Herausgegeben von der  
*Gruppe Arbeiterstimme*

Silke Makowski

## „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I**  
 DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro  
 ISBN 3-9809970-4-9

## Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik  
 296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



## Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:  
 Arbeiterstimme, Postfach 910307  
 90261 Nürnberg  
 oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

Bestelladresse:  
 Arbeiterstimme, Postfach 910307  
 90261 Nürnberg  
 oder:  
[redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)